

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans W. Arndt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann Fabian, Magdeburg. Druck von Franz Schlegel, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Dr. Müllersstraße 3, Fernsprecher 961. — Prämienzahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.80 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mk. zzgl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und alle Nummern 10 Pf. — Inserationsgebühren für die sechsseitige Zeitspalte 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 1889

Nr. 21.

Magdeburg, Sonnabend, den 25. Januar 1902.

13. Jahrgang.

Sozialpolitisches aus dem Reichstage.

Hg. Berlin, 23. Januar. Der Reichstag setzte heute die sozialpolitische Debatte, die sich in jedem Jahre beim Etat des Reichsamt des Innern entspinnt, mit großem Eifer aber vor leeren Bänken fort.

Dem Tage wurde seine Signatur durch eine ausgezeichnete Rede unseres Genossen Richard Fischer gegeben, der eine vernichtende Abrechnung mit den bisherigen Ergebnissen der Sozialreform und den Trägern des Systems, dem Grafen Posadowsky und dem Handelsminister Müller, vornahm. Unser Redner begann mit dem Hinweis, daß selbst den bürgerlichen Sozialpolitikern das Tempo der Sozialpolitik zu langsam erscheine, noch nie habe Kaplan Hise so resigniert gesprochen, wie in diesem Jahre. Aber gerade das Centrum treffe die Hauptschuld, wenn es nicht rascher vorwärts ginge: würde es denselben Eifer wie beim Zolltarif entfalten, dann wären wir weiter. Mit Nachdruck betonte unser Redner den grundsätzlichen Unterschied, der uns in der Beurteilung der Sozialpolitik vom Centrum trennt. Wir halten gerade die Zeit der geschäftlichen Krisis für geeignet, weitere energische Schritte für den Arbeiterschutz zu thun, denn die Folgen der industriellen Krisis fallen ja zunächst auf die Schultern der Arbeiter.

Eingehend untersuchte Fischer die „Leistungen“ der Sozialreform seit 1869. Das Ergebnis war: es ist nur sehr wenig geschehen. Nach den Posamentenstößen der Votschaft von 1891 ist der Stillstand gekommen und nur zwei Male ragen empor: Die Zuchthausvorlage und die 12 000 Mark-Affaire. Dann nahm er sich die Person des Handelsministers Müller vor und wies aus einer Reihe von Äußerungen aus dessen parlamentarischer Zeit nach, daß man in ihm einen konsequenten Gegner und Verfolger der Arbeiterorganisationen und den Vertrauensmann des Centralverbandes sehen müsse. Mit großer Schärfe griff er nochmals auf die 12 000 Mark-Affaire zurück, die durch die Veröffentlichungen der bürgerlichen Presse, wonach Woebcke nur als Opferlamm für Posadowsky geschlachtet worden ist, in ein neues Licht gerückt ist. Graf Posadowskys Geheimcircular an die Fabrikinspektoren erfuhr dann eine vernichtende Kritik, wobei im Vorübergehen auch der berühmte Hofmarschall Mirbach und Hofprediger Dhlly mit ihren geschmackvollen Äußerungen über die Sozialdemokratie ihr Teil abgaben. Die Rede klang aus in der energischen Versicherung, daß wir nicht erlahmen würden in unserem Eifer, die Regierung auf der Bahn der Sozialpolitik vorwärts zu treiben.

Die Antwort des Grafen Posadowsky war merkwürdig ruhig. Sie begann mit der Versicherung, daß er in den Sozialdemokraten Arbeiter-Vertreter erblicke, und mit der Bitte, sein Wirken doch objektiv beurteilen zu wollen. Dann suchte er seinen Erlaß an die Gewerbe-Aufsichtsbeamten in milderem Lichte erscheinen zu lassen. Es sei ihnen nicht verboten worden, über die milden Bestrafungen der Unternehmer oder Verstöße gegen die Schutzbestimmungen nicht mehr zu berichten, sie seien vielmehr angewiesen worden, in jedem einzelnen Fall sofort der vorgesetzten Behörde Bericht zu erstatten. Wenn in den Berichten die Angaben über die Ernährungsverhältnisse der Arbeiter künftig fortbleiben sollten, so sollten diese Angaben doch zu einem wissenschaftlichen Bericht zusammengestellt und dem Reichstag überwiesen werden. Bei den Streiks sollten alle Parteien, Arbeiter und Unternehmer und nicht mehr die Polizei gehört werden. Auch Herr Müller soll nicht jede Äußerung angerechnet werden, die er als Parlamentarier gethan hat. Die Rede war charakteristisch durch das, was sie nicht sagte. Graf Posadowsky wagte auch nicht mit einem Worte auf die 12 000 Mark-Affaire einzugehen. Hier scheinen bestimmte Ordres von oben vorzuliegen.

Die weiteren Reden des Tages waren von geringerer Bedeutung. Vorher hatte Herr Bassefmann sein sozialpolitisches Programm entwickelt und nachher hat Herr Noejeke-Deffau das gleiche. Neues boten die Reden nicht, noch viel weniger die Schlussrede des Freisinnigen, Abg. Beckh, der, wie immer, für die Vermehrung des Bogelschusses eintrat. Damit hat es nur aber auch ein Ende, denn Graf Posadowsky erklärte, daß der deutsche Botschafter in Paris angewiesen sei, der internationalen Konvention zum Schutze der Vögel beizutreten.

Morgen geht die Debatte weiter. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 24. Januar 1902.

Ein neuer Schlag für die Brotwucherer.

Gestern hat im Wahlkreise Schaumburg-Lippe eine Reichstags-Ordnungswahl für den vor einigen Wochen verstorbenen

nen freisinnigen Abgeordneten Dr. Müller stattgefunden. Das bisherige Ergebnis stellt sich folgendermaßen: Es erhielten Graf Reventlow (antif.-kons.) 3074, Architekt Demmig (freis. Volksp.) 3002 und Maschinenmeister Reichenbach (Soz.) 1614 Stimmen. Somit Stichtwahl zwischen Graf Reventlow (antif.-kons.) und Demmig (freis. Volksp.). Allerdings stehen noch die Resultate von einigen Ortschaften aus, indessen können dieselben an dem Endresultat nichts mehr ändern.

In der Nachwahl am 14. November 1898 fielen auf den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei 2584, auf den Konservativen 2336, und auf den sozialdemokratischen Kandidaten 591 Stimmen. Der antisemitische Kandidat erhielt 475 Stimmen. In der darauf folgenden Stichwahl wurde Kammergerichtsrat Dr. Müller (freis. Volksp.) mit 3742, gegen den konservativen Kandidaten, auf den sich 3074 Stimmen vereinigen, gewählt.

Diesmal gingen die Konservativen und Antisemiten zusammen. Sie brachten es gegenüber der letzten Wahl trotz einer wilden Agitation bei außerordentlich starker Wahlbeteiligung nur auf ein Mehr von 263 Stimmen. Dagegen wuchsen die Freisinnigen um 418, während die Sozialdemokraten ihre Stimmenzahl verdreifachten, von 591 auf 1614 stiegen, ein Mehr von 1023 Stimmen erhielten.

Das ist ein für die Sozialdemokratie ungemein glänzendes Ergebnis, um so glänzender, weil der Wahlkreis Bückeburg — beiläufig der kleinste Reichstagswahlkreis in Deutschland — überwiegend ländlich ist. Von den 8947 Wahlberechtigten kamen im Jahre 1898 nur etwa 2000 auf die Städte Bückeburg und Stadthagen, während auf das platte Land fast 7000 entfielen.

Und neben dem Fortschritt der Sozialdemokratie bezeugt das Wahlergebnis ein wachsendes Missetheils für die Brotwucherer. Die Gegner des Brotwuchers haben gemeinsam ein Mehr von 1500 Stimmen, denen die vereinigten Konservativen und antisemitischen Brotwucherer nur ein Mehr von 263 Stimmen entgegenzusetzen haben. Und das in einem ländlichen Wahlkreis!

In der Stichwahl wird natürlich der Freisinnige, den unsere Genossen unterstützen werden, siegen. —

Ein Landwirtschaftsminister nach dem Herzen der Agrarier.

H. Berlin, 23. Januar. Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Etatsberatung mit dem Domänen-Etat begonnen. Man kam über die Generaldebatte, die sich an den Rückgang der Pachterträge knüpfte, nicht hinaus. Während die Diskussion zuerst sich in sachlichen Bahnen bewegte und wirklich von dem Rückgang der Pachtsumme die Rede war, kam es im zweiten Teil der Sitzung zu hochpolitischen Auseinandersetzungen über Getreidezölle, Landwirtschaftsnot und Industriestaat.

Die Debatte gestaltete sich sehr lebhaft besonders durch das Auftreten des Herrn v. Podbielski, der sich heute dem Hause zum erstenmal als Landwirtschaftsminister rednerisch vorstellte. Der neue Mann ist so recht ein Mann nach dem Herzen der Junker und Bündler. Die Junker meldeten sich gar nicht mehr zum Wort, so trefflich wurde ihre Sache vom Regierungstisch vertreten. Einen solchen Landwirtschaftsminister haben sie noch nicht gehabt. Anders wird im Circus Busch auch nicht gesprochen, wie es heute vom Ministerstische geschah. Jetzt erst begreift man die Unbeliebtheit des gewiß doch auch agrarischen Ministers von Hammerstein bei der Rechten. Alle die Schlagworte, die man bisher nur von Ultraagrariern zu hören gewohnt war, man vernahm sie diesmal aus hohem ministeriellen Munde. Der Kampf gegen die Getreidezölle ist ein politischer Kampf. Die Opposition haßt das Land, weil sie dort ihren politischen Einfluß nicht ausüben kann.

Auf der Linken lärmt man ob solcher Insinuation, auf der Rechten aber läst man in wonniglichem Vergnügen. Aber auch Herr von Podbielski gab zu, daß er die Getreidezölle für ein Uebel halte. Wenn es der Landwirtschaft wieder besser geht, könne der Zolldamm wieder eingerissen werden. Auch eine Mahnung an die Agrarier, über den Zolltarif der Regierung nicht hinauszugehen, enthielt eine seiner Reden. Es waren die einzigen beiden Neußerungen, die nicht mit Begeisterung auf den Bänken der Brotwucherer aufgenommen wurden.

Ein Centrumsagrarier, Herr von Savigny, war sehr betrübt, als er hörte, daß die Getreidezölle nicht gleich für alle Ewigkeiten gesetzlich festgelegt werden sollen. Von der Linken sprachen die Abgeordneten Ehlers, Dr. Sirsch, Dr. Crüger und Dr. Barth, sie nahmen den Kampf mit Herrn v. Podbielski fröhlich auf. Allzu schwer ist es nicht, gegen Ausführungen zu polemisieren, die nur wegen

ihrer burleskenen Vortrags, aber nicht wegen ihrer sachlichen Bedeutung wirken.

Morgen geht die Debatte weiter. —

Deutschland.

Berlin, 24. Januar. Die Budgetkommission des Reichstags hat heute weitere Teile des Extraordinariums der Marineverwaltung mit einigen geringen Abstrichen angenommen. —

Im Reichstage sind augenblicklich 893 Mandate besetzt, 4 Mandate erledigt, nämlich 1. Schleswig-Holstein (Johannsen †); 10. Sachsen (Dr. Lehr †); Schaumburg-Lippe (Dr. Müller, freis. Vp. †) und 1. Breslau (Dr. Schönlanck †). Nach dem Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen sind die Abgg. Sittart (Centrum 3. Wachen), Dr. Crüger (Freis. Vp., 2. Wiesbaden) und Dr. Barth (Freis. Vg., 2. Merseburg) neu eingetreten. Eine Veränderung in den Parteistärken ist dadurch nicht herbeigeführt worden, da in allen drei Fällen der Befizstand behauptet worden ist.

Der Kaiser und die Arbeitslosen. Als der Kaiser am Dienstag nachmittag von einem Spazierritt die Linden entlang kam, begegnete ihm an der Schloßbrücke ein Trupp Arbeitsloser. Der Monarch erwiderte den Gruß der Leute und hielt plötzlich sein Pferd an. Er winkte einen auf Posten stehenden Polizeiwachmeister und gleich darauf einen Polizeilieutenant heran und sprach mit den beiden Beamten einige Augenblicke, worauf er dem Trupp nachsah. Der Monarch soll, ins Schloß zurückgekehrt, sich zu den Herren seiner Umgebung in teilnehmender Weise über die Arbeitslosen geäußert haben, daß die baldige Vornahme von Maßnahmen, deren Erledigung für einen späteren Zeitpunkt vorgezogen sei, geeignet sein könnte, der herrschenden Not wenigstens etwas zu steuern.

Bittgesuche an den Kaiser, in denen die Arbeitslosigkeit und der Mangel an Verdienst bitter hervorgehoben werden, gehen beim kaiserlichen Hof-Briefamt täglich in sehr großer Zahl ein, und der Kaiser hat bereits in vielen Fällen namhafte Unterstützungen gewährt.

Von anderer Seite wird mitgeteilt: In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit hat der Monarch den Wunsch ausgesprochen, daß die aus Anlaß seines Geburtstages geplante Illumination der öffentlichen Gebäude usw. möglichst eingeschränkt werde und die hierfür bestimmten Gelder vielmehr nach Möglichkeit zu wohltätigen Zwecken verwendet werden möchten. Dieser Wunsch des Kaisers ist verschiedenen Stadtverwaltungen und Behörden mitgeteilt worden. In der That haben zahlreiche Verwaltungen beschlossen, in diesem Jahre von der Illumination abzusehen und einen entsprechenden Betrag den Armen zu überweisen. —

Kunst und Zolltarif. Die Zolltarifkommission des Reichstags beriet heute über § 5 Ziffer 11 des Tarifgesetzes und lehnte die Fassung der Vorlage ab, wonach Kunstgegenstände für öffentliche Kunstanstalten und öffentliche Sammlungen, andere Gegenstände für öffentliche Anstalten und öffentliche Sammlungen zu Lehrzwecken und zu Anschauungszwecken zollfrei eingehen, wonach ferner Statuen zu öffentlichen Kunstausstellungen frei eingehen, sofern sie Kunstgegenstände sind und das Ursprungsland aus Gegenseitigkeit gewährt. Die Kommission beschloß folgende einem sozialdemokratischen Antrage sich anschließende Fassung: „Zollfrei sind Kunstgegenstände, die zu Kunstausstellungen oder für öffentliche Kunstanstalten oder öffentliche Sammlungen oder zu Lehr- und Anschauungszwecken eingehen.“ — Die Sozialdemokratie hat sich also wieder einmal als energische Förderin von Kunst und Wissenschaft erwiesen. —

Das Centrum wird „hart“. Die Centrumsanfrage betr. die Aufhebung des Jesuitengesetzes lautet wie folgt: „1. Liegt ein Beschluß des Bundesrats in dieser Angelegenheit auch heute nach Verlauf von drei Jahren seit der Beschlußfassung des Reichstags noch nicht vor? und wenn nicht: 2. Aus welchen Gründen hat der Bundesrat die Fassung einer Entschließung über den genannten Beschluß des Reichstags bis jetzt verzögert? 3. Gedenkt der Herr Reichskanzler eine solche Entschließung noch vor der Beendigung der gegenwärtigen Tagung des Reichstags herbeizuführen?“ — Die „Germania“ bemerkt hierzu: „... gleichviel, wer die Interpellation vor dem Reichstag begründen wird; jedenfalls kann und muß erwartet werden, daß die Interpellation, wie diesmal schon die schärfere Fragestellung bedeutet, auch eine schärfere Begründung finden wird. Bei einer Besprechung der Interpellation wird jedenfalls die schärfere Tonart nicht fehlen. ... Daß das Centrum hart war in Beziehung auf die Aufhebung des Jesuitens

gelesen, haben seine bisherigen Anträge und Interpellationen bewiesen, daß es härter geworden ist, dafür zeugt der Wortlaut der heutigen Interpellation. — Das Centrum hat bisher noch nicht gezeigt, daß es Haare auf den Zähnen hat. Wir trauen es ihm auch für die Zukunft nicht zu. Ist es doch „Regierungspartei“!

— Dem Verdienste seinen Orden. Wir lesen im „Geschäftsanzeiger für Gommern“ die folgende anmaßende Notiz aus P l ö h t y:

„Dem Schneidermeister Karl Graßhoff ist gestern vom Ortsvorsteher Herrn Römer die China-Medaillen überreicht worden. Er hat seiner Zeit für die China-Ausstellungskommission gearbeitet.“

Der wackere Schneider darf mit Stolz den wohlverdienten Orden tragen. Wie hätten unsere tapferen Chinasoldaten wohl ihre glänzenden Siege erringen wollen ohne die thätige Mithilfe des Pflöhyer Schneidermeisters!

Neue sozialdemokratische Anträge zum Zollgesetz.

Die bereits früher angekündigten Anträge der sozialdemokratischen Mitglieder der Zolltarif-Kommission auf Aufhebung der Salzsteuer, der Branntweinsteuer, der Exportprämien für Branntwein und der Exportprämien für Zucker sind eingebracht. Ferner beantragen sie, den Bundesrat zu verpflichten, die Zölle auf Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Lupinen, Malz, Mais aufzuheben, sobald die Verkaufspreise die im Antrage Kanis aus dem Jahre 1894 festgelegten Verkaufspreise erreicht haben.

Die Anträge lauten:

Bei § 11 b bis 11 e einzuschalten:

So lange Zölle bei der Einfuhr von Nahrungs- oder Genussmitteln in das deutsche Zollgebiet erhoben werden, treten 1. die §§ 2-18 des Gesetzes betreffend die Erhebung einer Abgabe an Salz vom 12. Oktober 1867 außer Kraft, wird 2. die Verbrauchsabgabe welche durch das Gesetz betreffend die Besteuerung des Branntweins eingeführt ist, durchweg auf 0.50 Mark für das Liter reinen Alkohols (anstatt 0.70 Mark) herabgesetzt (Aufhebung der Branntweinsteuer), wird 3. § 43 c des Branntweinsteuer-Gesetzes (Ausfuhrprämien für Brenner) und 4. §§ 27 und 28 des Zuckersteuer-Gesetzes (Exportprämien für Zuckerbarren) außer Kraft gesetzt.

§ 11 f endlich lautet:

Der Bundesrat hat die Zölle auf die nachbenannten Waren aufzuheben, sobald deren Verkaufspreise die daneben gesetzten Preise erreichen: Weizen 215, Roggen 165, Gerste 155, Hafer 155, Hülsenfrüchte 185, Lupinen 80, Malz 175, Mais 155 Mt. pro Tonne.

Großbritannien.

Die Erschießung der Burenführer

wird von der „Daily News“ in einem Artikel behandelt. Das Blatt erinnert daran, welche glänzende Beweise ihrer Waffentüchtigkeit Lotter und Kruijinger vor ihrer Gefangennahme abgelegt haben und konstatiert, daß Scheepers nicht ~~sondern~~ als Kranke, in einer Farm liegend, und ~~erschossen~~ durch Verrat in die Hände der Engländer gefallen ist.

„Früher wären solche Männer, obgleich Feinde, aller Ehren würdig erachtet worden. Heute unterstellt man sie dem Kriegsgericht, indem man die Erschießung von Spionen, die Zerstörung von Eisenbahnzügen und Telegraphenlinien zu Verbrechnen stempelt.“

Wenn wir die Traditionen unserer alten Helden, die den Kampf unter gleichen Bedingungen liebten, die es verachteten, sich Vorteile auf illoyale Weise zu verschaffen und welche ein Grauen vor dem Töten um des Tötens willen empfanden, vergessen, dann müssen wir gestehen, daß wir nicht mehr auf unsere Tapferkeit zählen, sondern auf die Macht unseres Reichthums und von da bis zum Ruin ist nur ein kleiner Schritt.“

Genilleton.

Der erste volkstümliche Vortragsabend in Magdeburg

fand gestern abend in der Aula der Lutherschule statt. Er bedeutet einen überaus erfreulichen Erfolg und hoffentlich ist dadurch der rührige Urheber dieser für Magdeburg sehr notwendigen Neuerungen, Herr Stadtschulrat Dr. Franke, zum konsequenten Weiterarbeiten auf der neuen Bahn ermutigt worden.

Wie wir grundrätlich zu der Frage der modernen Bildungsbewegungen stehen, haben wir erst vor einigen Tagen an leitender Stelle ausgeführt. Wir sehen die Aufgabe nicht darin, die sozialen Gegensätze aus der Welt zu schaffen, wohl aber halten wir sie für sehr nützliche und jeder Förderung werthen Versuche, den Volksmassen genügende und belehrende Unterhaltungsabende zu schaffen.

Wir freuen uns, daß auch Herr Dr. Franke in seinen einführenden Worten keinen Zweifel darüber ließ, daß er bei aller Hochachtung der modernen Bildungsbestrebungen doch in ihnen nicht ein soziales Mithelndmittel erblickt.

Herr Dr. Franke wies darauf hin, daß wir in Deutschland zwar ein Schulwesen haben, das sich im allgemeinen mit dem anderer Länder messen könnte, daß Deutschland aber in mancher Beziehung doch vom Auslande habe überholt. So besonders in der modernen Volkshochschulbewegung in der uns Dänemark, England und Amerika weit voraus sind. In Deutschland haben aber neuerdings diese Bewegungen gleichfalls Boden gefunden und Anfänge seien auch bereits in Magdeburg gemacht worden. Es besteht hier die Volkshochschule und Leihbibliothek, ferner sei kürzlich die Veranstaltung von Vortragsabenden durch einen Gesehlsabend in die Wege geleitet worden.

Bildung und Kunst gehören nicht einem engen Kreise, sie seien Gemeingut des ganzen Volkes oder sie müßten doch dazu werden. Diefem Ziele sollen auch die nunmehr begonnene Veranstaltung von volkstümlichen Vorträgen zu dienen. Redner hofft, daß dieser Versuch zu einem Ausbaugehen möge, der ein thätiges Arbeiten in der angegebenen

Belgien.

Zum Streit in Verviers.

ac. Die Organisation der Volkswärmer hat durch Urabstimmung beschlossen, von dem zur Unterstützung ihrer streikenden Kollegen von der „Verdetoise“ geplanten Generalstreik Abstand zu nehmen, da derselbe eine allzu große Schädigung für alle Interessenten bedeuten würde.

Südafrika.

Ein neuer Sieg der Buren!

General Carrington mit seinem ganzen Stab hat sich um Weihnachten in den Magalies-Bergen Delarey ergeben müssen.

Aus der Parteibewegung.

— Genosse Bredenbeck wurde gestern von der Dortmunder Strafkammer wegen Beleidigung von Gendarmen und Schutzleuten unter Einrechnung einer Vorstrafe von einem Monat zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Deutscher Reichstag.

(125. Sitzung.)

Berlin, den 23. Januar 1902.

Am Bundestagstisch: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Lesung des Stats.

Es wird fortgesetzt beim Special-Stat des Reichsamts des Innern.

Hierzu liegen drei Resolutionen vor:

1. Eine Resolution Wasserzmann (natl.) und Dr. Hise (Centr.) betr. Vorlegung einer Uebersicht über die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben des Reiches und den Werkstätten der Heeresverwaltung.

2. Eine Resolution Koeide-Deffau (mitl.) und Dr. Pachnide (Frei- u. Vg.) betr. Vorlegung eines Gesetzesentwurfs betr. die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen.

3. Eine Resolution Albrecht u. Gen. (Soz.), wonach der Termin für das Inkrafttreten der Vorschriften für den Betrieb in Zinkhütten bis höchstens zum 1. April 1902 verlängert werden darf.

Abg. Wasserzmann (natl.):

Sehr bedauerlich ist die Verzögerung der Vorlegung der Krankenversicherungs-Novelle. — Dem Wunsche des Herrn Hise, der ein Normalstatut für die Proportionalwahlen bei den Gewerbegerichtswahlen forderte, kann ich mich durchaus anschließen. — Die Verhältnisse der Angestellten in Comptoiren und die Lage der Kleinrentnerinnen sind dringend der Regelung bedürftig. — An den Herrn Staatssekretär möchte ich die Anfrage richten, wie weit die Angelegenheit der Mindeststrafe im Binnenverkehrsgewerbe gediehen ist. — Die Einführung der kaufmännischen Schiedsgerichte ist leider noch immer nicht erfolgt, trotzdem sich alle großen kaufmännischen Vereinigungen dafür erklärt haben. — Ebenso bedürfen die Bureaugehilfen der Reichsanwälte und Notare des Schutzes. — Die Resolution Dr. Pachnide betr. Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen beschränkt sich durchaus auf das schon jetzt Erreichbare.

Auch die Frauenfrage ist gestern angeschnitten worden. Es ist unsere Pflicht, den Frauen möglichst viele Berufe zu erschließen, die keine zu große körperliche Anstrengung erfordern. (Sehr richtig! bei den Red.) In Bezug auf das Frauenstudium kann ich mich durchaus den Ausführungen des Herrn Schönath-Carolath anschließen. Den Frauen, die sich wissenschaftlich betätigen wollen, müssen die Wege dazu geebnet werden. Am richtigsten wäre es, die Mädchen ganz so wie die Knaben zu den Gymnasien und Realgymnasien zuzulassen. Ein Versuch, der in Karlsruhe in dieser Weise gemacht ist, ist zufriedenstellend ausgefallen. — Auch in sozialpolitischen Dingen muß die Frau dem Manne gleichberechtigt sein. In Schulkommissionen zur Ueberwachung von Mädchenschulen sind Frauen mit Erfolg thätig. Die Frauen müssen aber auch das freie Vereins- und Versammlungsrecht haben. Das Vorgehen des derzeitigen Direktors der Berliner Universität gegen den Sozialwissenschaftlichen Studentenverein ist scharf zu verurteilen. Ich hoffe, daß die Regierung sich endlich auf den Boden unseres Antrages auf Gewährung des freien Versammlungs- und Vereinsrechts für die Frauen stellen wird. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. R. Fischer-Berlin (Soz.):

Ich will mich auf das Gebiet der Sozialreform beschränken. So bescheiden Herr Wasserzmann auch auf diesem Gebiete ist, das Tempo

unserer Sozialpolitik geht selbst ihm zu langsam. Herrn Hise gebe ich zu, daß er Grund hatte, gegen die Regierung zu reden, aber das Centrum ist schuld daran, daß auf diesem Gebiete nicht mehr geleistet worden ist. Wenn es sich darum handelt, das Brot zu verteuern, dann ist freilich das Centrum gleich bei der Hand. Herr Hise meinte, man müsse sich darauf beschränken, ideale Forderungen aufzustellen. Er sprach auch von der Gewerbegerichts-Novelle. Nun, Herr Müller will ja seinen ganzen Einfluß aufbieten, um das Zustandekommen der letzten Novelle zu verhindern. Wir sind der Meinung, daß gerade zur Zeit der Krisis für die Sozialreform gesorgt werden muß. Wir fügen uns bei dieser Forderung ausschließlich auf das amtliche Material der Gewerbeinspektoren. Diefelben sind bereits im Mai vor. J. abgefahrt, doch findet sich überall in ihnen bestätigt, daß die Krisis bereits damals ihre Schatten geworfen hatte. Ueberall liest man von sinkenden Löhnen und Arbeiterentlassungen, ein Beweis für die Wichtigkeit unserer Anschauungen, daß die Arbeiter in erster Linie unter der Krisis zu leiden haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Unternehmer haben höchstens einen geringeren Profit, während die Arbeiter ihre ganze Existenz verlieren. Von den Gewerbeinspektoren giebt nur der heftigste Auskunfts über die Verkürzung der Arbeitszeit. Redner geht ausführlich auf den Bericht des heftigsten Gewerbeinspektors ein.

Was ist denn überhaupt seit 1869, dem Jahre des Zustandekommens der jetzigen Gewerbeordnung, auf dem Gebiete der Sozialreform geschehen? 1873 wurde vom Reichstag eine Enquete über die Lage der Fabrikarbeiter beschlossen, die 1877 endlich veröffentlicht wurde. 1878 kam die Forderung der Gewerbebegrenzung, die, weil zu reaktionär, vom Reichstag abgelehnt wurde. Dann kam eine Pause bis 1881. In diesem Jahre forderte das Centrum einen weiteren Ausbau der Arbeiterschutzes. Bismarck lehnte diese Forderung ab. 1883/84 forderte das Centrum das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Kinder. 1885/86 lehnte der Bundesrat die vom Centrum geforderte Verneuerung der Gewerbe-Zulassungen ab. 1887 nahm der Reichstag abermals Arbeiterinnen-schutzgesetze an, die vom Bundesrat abgelehnt wurden. 1889 wurden dieselben Anträge wieder vom Reichstag angenommen. Dann kamen die Februar-Erlasse, die die Sozialdemokratie schwächen sollten; die derselben aber, gerade wie jetzt deren Nichterfüllung, zu gute kamen.

Nun folgte die Umflurvorlage und die Zuchthausvorlage. 1897 behnt der Bundesrat die §§ 135 a und b der Gewerbeordnung auf die Wäsche- und Konfektionsarbeiterinnen aus. Das ist alles, was in den letzten 10 Jahren auf dem Gebiete der Sozialreform von der Regierung geleistet worden ist.

Die Frage der Arbeitsnachweise, die jetzt wieder angeregt ist, hat bereits 1885 die Petitionskommission des Reichstags beschäftigt. Schon damals erklärte die Regierung, es seien Schritte in dieser Angelegenheit gethan, was waren dies für Schritte?

Die Wädereiverordnung ist 1896 erlassen worden. Damals wurde sie als Ruin für das Gewerbe bezeichnet. Heute aber sind wir so weit, daß aus den Reihen der Wädereier selbst eine Petition kommt, die Nachtarbeit abzuschaffen.

Geradezu typisch für die Art und Weise, wie man bei uns Sozialreform betreibt, ist die bisherige Regelung der Arbeitsverhältnisse im Binnenverkehrsgewerbe. Bereits 1895 wurden Erhebungen beschlossen und erst 1901 wurden die Erhebungen an den Reichstanzler gesandt.

Auf dem Gebiete der Frauenfrage ist ja einiges erreicht. Die Schutzfrist für Wädereierinnen ist verlängert worden, aber die Unternehmer lehnen es einfach ab, Wädereierinnen in Arbeit zu nehmen, die von der ganzen Schutzfrist Gebrauch machen. — Eine Verordnung zur Regelung der Verhältnisse des Personals in Gast- und Schankwirtschaften soll ja nun auch endlich herankommen. — Die grauenhaften Mißstände auf dem Gebiete der Kinderarbeit sollen zu einer Gesetzesvorlage führen. — Also das Facit der Sozialreform läßt sich charakterisieren durch zwei Siegeszeichen: die Zuchthausvorlage und die 12 000 Mark-Subvention. (Unruhe rechts.) Gewähren Sie den Arbeitern das uneingeschränkte Koalitions- und Versammlungsrecht und die deutsche Arbeiterkraft verzichtet auf die ganze Sozialreform. Die Organisation der Buchdrucker hat in einzelnen Fällen eine Arbeitszeitverkürzung auf acht Stunden erreicht und hat, was Herr Hise für unmöglich erklärte, in Zeiten der Krisis sogar Lohnerböhmung durchgeleitet!

Wenn die Regierung nicht den Mut hat, in den Zeiten der geschäftlichen Hochflut ein rasches Tempo in der Sozialreform einzuschlagen, dann kann ich auch an keinen Fortschritt in der Zeit der geschäftlichen Depression glauben. Trotzdem im Vorjahre alle Parteien einig waren in der Beurteilung des verderblichen Einflusses des Centralverbandes deutscher Industrieller, ist ein Vorstandsmitglied des Verbandes jetzt Minister geworden. Im Jahre 1893 stellte Herr Müller die Forderung auf, bei jedem Streit solle sofort Militär einschreiten. Sofort, meinte er menschenfreundlich, brauchten die Soldaten ja nicht zu schießen. Das ist der Patriotismus dieser Minister, die Arbeiter gegenüber, die er vorher vielmals selbst in der Grube ausgebeutet hat. — In Düsseldorf hat Herr Müller erklärt, der einzige Weg gegen den Umsturz sei ein Ausnahmegesetz. Später auf einer Agitationsreise, die Herr Müller in Rheinland-Westfalen unternahm, erklärte er, er würde seinen ganzen Einfluß aufbieten, um zu verhindern, daß die Gewerbegerichts-Novelle Gesetz würde. So lange Herr Müller

Richtung ermöglichen. Nicht sollten diese Vorträge die politischen und sozialen Gegensätze verschwinden lassen, das sei nicht möglich; wohl aber könne durch gemeinsames Arbeiten ein gegenseitiges Verständnis angebahnt und eine Milderung der Gegensätze erzielt werden. Wie der Ausbau zu gestalten sei, könne er vorläufig noch nicht sagen; ihm jähme aber u. a. vor: Ausgestaltung der Volksvorstellungen, Führung in Museen, Volkshochschulkurse.

Nach dieser Einleitung ging Herr Dr. Franke kurzer Hand zu seinem eigentlichen Vortrage über. Es ist doppelt anzuerkennen, daß Herr Dr. Franke sich nicht nur mit der theoretischen Förderung des Planes begnügt hat, sondern auch gleich als erster praktischer Hand ans Werk gelegt hat. Durch seine schlichte klare Ausdrucksweise, durch gelegentliches Einschleusen humoristischer Thatsachen, durch das wohlthuende Vermeiden aller Neuperen und Andeutungen, die die Zuhörer in ihren religiösen oder sonstigen Auffassungen hätten verletzen können — welche Rücksichtnahme aber trotzdem nicht bis zum vorläufigen Herandrücken um das Ausprechen von Urteilen ausartete —, hat der Redner allen nachfolgenden Vortragenden ein schönes Beispiel gegeben.

Wir beabsichtigen nicht, über die volkstümlichen Vorträge ausführliche Referate zu bringen, damit nicht dieser und jener unserer Leser dem ausführlichen Bericht als Grund für sein Nichterfahren angeben kann. Wir fordern vielmehr nachdrücklich unsere Leser auf, den zukünftigen Vorträgen ebenso zahlreich oder noch zahlreicher wie dem gestrigen beizuwohnen. Die Aula der Lutherschule ist geräumig und wenn auch gestern ca. 400 Personen, von denen erstlichere weite über die Hälfte organisierte Arbeiter, beziehungsweise deren Frauen, Söhne und Töchter waren, dem Aufse gefolgt waren, so wären immerhin für 100 Personen noch Plätze, wenn auch nur Stehplätze, gewesen.

Herr Dr. Franke sprach über das Thema: „Pflanzen und Tiere im deutschen Volksglauben“. Was in unsere Zeit hinein haben sich in allen Kreisen der Bevölkerung abergläubige Gebräuche und Ansichten erhalten. Der eine glaubt an Unglückstage, der andere an den

böjen Blick, der dritte fürchtet sich, wenn ihm eine Raube über den Weg läuft. Neben den mannigfachen Auswüchsen dieser abergläubischen Vorstellungen finden in ihnen aber doch ein gesunder Kern, es sei das ein aus früherer Zeit mit in die Gegenwart getragener Rest des alten Volksglaubens, dessen Studium uns wertvolle Fingerzeige zur Erschließung ehemaliger Kulturverhältnisse gebe.

Der Redner schildert dann genauer die Entstehung des Volksglaubens von den Naturvölkern an über die alte germanische Götterlehre hinweg bis zum Christentum, das bis auf den heutigen Tag den alten Götterglauben nicht ganz habe ausrotten können. Die Kirche habe sehr oft sogar Zugeständnisse an die heidnische Ueberlieferung des Volkes gemacht. So sei das Wotan geweihte Julefest das christliche Weihnachtsfest geworden und die Weihnachtskarpfen und die Nessel und Rüsse erinnern an die alten heidnischen Opferpenden.

Hauptsächlich um drei der alten germanischen Götter gruppierte sich der Volksglaube, um Wotan (Odin), Freya (Frigga) und Donar (Thor). Der Vortragende zeigte nun in eingehender und interessanter Weise, welche Tiere und Pflanzen mit den drei Göttern im Volksglauben in Verbindung gebracht wurden, und welche guten und schlechten Eigenschaften man den Göttern und den von ihnen abhängigen Tieren und Pflanzen zuschrieb. Außerdem giebt es noch manche an sonstige Tiere und Pflanzen geknüpfte abergläubige Vorstellungen, deren Herkunft nicht immer bekannt ist. Und neben Tieren und Pflanzen wurden die Wochentage, die Sterne und die unorganische Welt in das Reich des Volksglaubens gezogen.

Zum Schluß betont der Redner, daß er nicht wünsche, daß die Reste des Volksglaubens ausgerottet werden. Abergläubige seien zu bekämpfen, denn er könne schädlich wirken. In dem alten Volksglauben aber stecke viel wertvolles Material für die Kulturgeschichte und viel Poesie. Und in dem Gewande der Dichtung hätten die alten Ueberlieferungen volle Erstgenberechtigung.

Reicher, wohlverdienter Beifall belohnte den Redner für seinen etwa einstündigen Vortrag. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 23. Januar 1902.

Ruhe nach dem Sturm.

Nach den leidenschaftlichen Debatten, welche es in der vorigen Stadtverordneten-Sitzung gegeben hatte, setzte es diesmal einen Tag, an dem nur in heiterster Stimmung diskutiert wurde und der sich wie eine feucht-fröhliche Fidelitas den erregten Szenen der vorigen Woche anschloß.

Bei den Mitteilungen des Verbandes für kaufmännisches Unterrichtswesen wurde die Frage der Fortbildungsschulen für weibliche Angestellte kurz erwähnt. Unsere Genossen werden nicht verfehlen, die Ausdehnung der Verpflichtung zum Besuch der Fortbildungsschulen auf die Handlungsgeschäftinnen zu verlangen. Für Arbeiterinnen ist das leider gesetzlich nicht zulässig, wohl aber seit dem 1. Oktober 1900 für die weiblichen Angestellten im Handelsgewerbe. Es ist notwendig, daß die Stadt von dieser Befugnis Gebrauch macht.

Bei dem Etat der Asyle für Obdachlose bezeichnete der Stadtverordnete Jaensch es als eine „eigene Neigung“ mancher Arbeiter, „auf die Walze“ zu gehen. Sonderbare Leute, — diese Proletarier! Nur zum Vergnügen gehen diese Thoren, welche es doch so gut haben könnten, auf Reisen und quälen sich in den Herbergen, wo ihnen Gelegenheit zur Bereicherung ihrer zoologischen Kenntnisse geboten ist. Schade, daß Herr Jaensch nicht mal Gelegenheit hat, eine solche Vergnügungsreise mitzumachen; er würde dann gewiß seine Ansicht bestätigt finden, daß solche Wandererschaften in der That sehr viel Freude machen, und nur aus Lust an den Natur Schönheiten — nämlich den schon oben angedeuteten — unternehmen werden.

Ein sehr vernünftiger Antrag des Stadtv. Dr. med. Rosenthal auf Anstellung eines zweiten Specialarmenarztes für Ohrenleiden fand leider fast nur bei unseren Genossen Anklang und wurde daher abgelehnt.

Erfreulich ist, daß die große Mehrheit der Versammlung einem Antrage zustimmte, der eine größere Inanspruchnahme von Damen bei der Armenpflege beansprucht. Die langjährige Agitation der Sozialdemokratie hat allmählich selbst in bürgerlichen Kreisen die Vorurteile bezüglich der Frauenfrage wenigstens teilweise beseitigt.

Zum Schluß verdrängte sich die Debatte immer mehr zu lustigen Verräten. Ueber die Speisen und Getränke der Restaurants in den städtischen Anlagen wurde Klage geführt und bei dieser Gelegenheit die Einsetzung einer Kontrollkommission für diese Wirtschaften in Erwägung gezogen, so einer Art amtlichen Saufkollegiums.

Nur fürchtete man, die Mitglieder dieser Prüfungs-Kommission für lukullische Genüsse würden bald bekannt werden und besonderen „Stadttrats-Kaffee“ erhalten.

Der Stadtv. Justizrat Stern machte deshalb den treffenden Vorschlag, diese Kontrolle per se zu führen.

Der ausgezeichneten Idee des Herrn Stern schloß sich im Namen seiner politischen Freunde unser Genosse Gärtner begeistert an, machte aber darauf aufmerksam, daß es einem bei der Ausführung dieses Planes so ergehen kann, wie unserem Genossen Hoffmann im Berliner Asyl für Obdachlose: daß man nämlich dabei eine Tracht Prügel kriegt.

Zur Eingemeindungsfrage.

Wie die „Magdeburgische Zeitung“ in einer magistrats-offiziösen Notiz mitteilt, hat der Magistrat nur für den Fall die Absicht, die Eingemeindung von Fernersleben durchzuführen, daß Salbke und Westerhüsen sich gleichzeitig anschließen. So sehr wir für den Anschluß aller drei Gemeinden eintreten, so sind wir doch der Meinung, daß die Stadt vorläufig erst so viel eingemeinden sollte, wie eben möglich ist. Es wäre kleinlich, sich bei dieser Frage von finanziellen Gesichtspunkten und nicht vielmehr von sozialpolitischen Erwägungen leiten zu lassen.

Die Eingemeindung würde den Vororten die Kanalisation bringen; die Gebung der Gesundheit der Vororte würde aber auch den Magdeburgern zu gute kommen. Hygienische Maßnahmen in der Stadt büßen leicht ihre Wirkung ein, wenn ungesunde Zustände vor den Thoren das Geschaffene zu nichte machen.

Durch Aufnahme in das gerade nach der Meinung der bürgerlichen Stadtväter in schultechnischer Beziehung alleinigmachende Magdeburg würde das Volksschulwesen der Vororte verbessert werden.

Endlich würde den Arbeitern und Unternehmern in den Vororten durch Anschluß an das Magdeburger Gewerbegericht die seit lange ersehnte schnelle und in allen größeren Städten längst bewährte Rechtsprechung durch das Gewerbegericht zu teil werden.

Die Eingemeindung ist demnach eine dringende Aufgabe. —

— Die öffentliche Gewerkschaftsversammlung, welche am Montag, den 27. Januar 1902, abends 8 Uhr, im „Luisenpark“ stattfindet, ist eine außerordentlich wichtige. Genosse Brandes hat das Referat über „Das Gewerkschaftskartell und seine Bedeutung“ übernommen. Auch steht die Beseitigung von Differenzen zwischen den einzelnen Organisationen auf der Tagesordnung. Wir sind überzeugt, daß die Versammlung das Resultat völliger Einigkeit der Magdeburger Arbeiterschaft ergeben und infolgedessen dem Unternehmertum nicht zur Freude gereichen wird. — Notwendig ist freilich, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Gewerbe sich zahlreich an dieser Versammlung beteiligen. —

— Nichtöffentliche Sitzung der Stadtverordneten vom 23. Januar. Genehmigt wird die endgültige Anstellung des Feldwebels Ergleben als Kanzlist — Beamten auf Lebenszeit — vom 16. Januar d. J. ab. — Ebenso die endgültige Anstellung des Wachtmeisters und Zahlmeister-Aspiranten Triefel als Kanzlist — Beamten auf Lebenszeit — vom 16. Januar d. J. ab. — Desgleichen die endgültige Anstellung des Bezirksfeldwebels Bosse als Kanzlist — Beamten auf Lebenszeit — vom 1. Februar d. J. ab. — Endlich die Anstellung des Bureaugehilfen beim Kanalbetrieb Paul Rabes als Beamten auf Kündigung vom 1. April 1901 ab.

Der Tischlermeister Franz Köhler und der Stellmachermeister Friedrich Schnelle werden als stellvertretende Bezirksvorsteher für den 17. und 19. Altstadtbezirk wiedergewählt.

Zur Bildung der neuen Baudeputation 3 für das Maschinen- und Heizungsweesen werden gewählt: Stadtv.

Pape, Ingenieur Walthoff, Direktor Spörl, Ingenieur Schatte, Direktor Baumann, Stadtv. Müller, Direktor Cario, Baumeister Kaufmann und Stadtv. Wolf.

Genehmigt wird die Bewilligung einer jährlichen Rente von 167,44 Mark vom 1. Juli 1901 ab an einen bei der Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke beschäftigt gewesenen Schlosser.

Der Verpachtung a) der Garderoben im Stadttheater für jährlich 13 760 Mark an den Theater-Direktor Arno Gabinius hier und b) der Restauration daselbst für jährlich 13 000 Mark an den Restaurateur Heinrich Suhr hier auf die 6 Jahre vom 1. Juni 1902 bis 31. Mai 1908 wird zugestimmt. —

— Nach dem Dotationsgesetz sind der Provinz Sachsen von den 7 Millionen Mark zur Erleichterung ihrer Armenlasten und zur Unterstützung von leistungsschwachen Kreisen und Gemeinden auf dem Gebiete des Armen- und Wegewesens 481 956 Mark zugewiesen, von den drei Millionen für Neubauten und Unterhaltung der Kunststraßen 69 693 Mark.

— Eine Obstausstellung soll im nächsten Herbst in Magdeburg stattfinden. Auf derselben soll gezeigt werden, was die Provinz Sachsen an Obst liefern kann.

— Zu dem Abzug von 5 Pfennig für geleistete Ueberstunden in der Kohrzeherei der Metallwerke vorm. Aders in der Neustadt wird uns ergänzend mitgeteilt, daß dieser Abzug nicht bloß für die Arbeiter die im Kohrzug beschäftigt werden, Geltung hat, sondern für das gesamte Werk. Den dort beschäftigten Gewerkschaftlern (Hirsch-Dunker) wird nun wohl ein Seifensieder über diese eigenartige Maßnahme aufgehen. —

— Der Mohr hat seine Schuldbigkeit gethan. Unter dieser Stichmarke brachten wir in Nr. 13 eine Mitteilung über den Werkmeister Buch von den Vereinigten Elbe- und Saaleschiffern. So seltsam auch die Entlassung des Angestellten nach so langer Thätigkeit war, so geben wir doch gern folgender Zuschrift aus Schiffbauerkreisen Raum: Während der p. Buch den Lohn der Junggefellern auf 25 Pfg. pro Stunde herunterdrückte, stellte er seinen Sohn, einen gelernten Handschuhmacher, mit 40 Pfg. pro Stunde ein. Seit der Entlassung des p. Buch ist der Lohn der Junggefellern auf 35 Pfg. pro Stunde erhöht. Die Schiffbauer weinen ihm keine Thräne nach. —

— Eine langwierige Entschädigungsfrage des Maurers Klein gegen den Maurermeister Apel von hier, hat gestern vor dem Gewerbegericht ihren Abschluß gefunden. Da die Angelegenheit mehrere Kreise interessierte, wollten wir es für angebracht, den Gang der Sache etwas ausführlicher zu schildern.

Zwischen dem Maurermeister Apel und der Organisation der Maurer besteht seit längerer Zeit ein Zwist, weil A. den gemeinsam zwischen den Bauhandwerkern und den Unternehmern im Baugewerbe vereinbarten Lohnsatz nicht anerkannte. Die Folge war, daß die Maurer über den bekannten „Bau-Apel“ die Sperre verhängten. Herr Apel versuchte nun auf alle mögliche Art und Weise Arbeitskräfte zu erhalten, ein Beginnen, welches bei der guten Organisation der Maurer mit nicht geringen Schwierigkeiten verknüpft war. Gelegentlich einer Reise, die der Maurer Josef Popetz, welcher

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Das Vergessen?

Elfaß-Lothringen 1877—1900.

Roman von Th. Cahu und L. Forest.

Aus dem Französischen überf. von Suzanne Braucutigam-Romane.

(19. Fortsetzung.)

Der Deutsche war glücklich über diese unvorhergesehene Begegnung und gab sich ganz offen. Er überließ sich ganz der Freude, sich mit zwei geschmack- und geistvollen Frauen zu unterhalten, mit zwei Frauen, wie er sie erträumt hatte, geschmückt mit allen Reizen des Äußeren, des Herzens und des Geistes. Und doch war sein Glück nicht vollkommen; schon breitete sich der Schatten der nächsten Stunden, welche unfehlbar den Zauber der Gegenwart brechen mußten, über den Genuß des Augenblickes aus. Fritz bedauerte aus vollem Herzen die Schnelligkeit des Zuges; sein Blick heftete sich auf die am Wege entlang fliehenden Bäume, als wollte er sie festhalten.

Sollte denn seiner jetzigen Freude gar keine Zukunft beschieden sein? Er konnte diesen Gedanken nicht ertragen. Er wollte den Zufall ausnützen, wollte endgültig die Freundschaft der Familie Stockmann erringen.

Leider war die Haltung des Familienvaters wenig ermunternd. Nicht einmal, mit keinem einzigen Wort müßte er sich in die Unterhaltung. Er schien allem, was um ihn her vorging, fremd.

Stockmann war von der Handlungsweise seiner Frau sehr befriedigt gewesen; es kam ihm sehr gelegen, auf diese Weise der Pflicht, mit dem Deutschen ein Gespräch anzufangen zu müssen, entbunden zu sein. So war alles ausgezeichnet gegangen. Jetzt war man aller Verpflichtung gegen den Offizier ledig. Das Thema „Fritz von Aderskraft“ würde nun nie mehr seinen Hausfrieden stören. Man hätte keine bessere Lösung der Frage, die doch schon oft dem Gewissen des Elfaßers unbequem gewesen war, erträumen können. Er hatte die kleine Grotte auf die Knie genommen und zeigte dem Kinde, wie die Telegraphendrähte hin und her zu fliegen

sahen. Die Unterhaltung, das Lachen seiner Frau, Luise's und des Offiziers waren ihm gleichgültig. Er hörte nicht darauf, beschäftigte sich nicht im geringsten mit seinen Mitreisenden, ohne sich bewußt zu werden, wie sehr diese Zurückhaltung an Unhöflichkeit grenzte und als ein Tadel für die beiden Frauen aufgefaßt werden konnte.

Und doch blieb dem Offizier ein Hoffnungsstimmer. Verhielt sich der Elfaßer auch feindselig gesinnt, so zeigten doch Frau Stockmann und ihre Tochter eine bezaubernde Freundlichkeit. Um den guten Eindruck, dessen er sich bei den Damen sicher fühlte, nachdrücklicher wirken zu lassen, griff er zur List, zu feinen Uebertreibungen. „Die Frauen sind dem Mitleid äußerst zugänglich“, dachte er. „Sie lieben denjenigen, welcher leidet. Mit ihrem Mitleid ist Liebe verbunden.“ Und als Luise ihn fragte, ob er von seiner Lungenentzündung wieder vollkommen hergestellt sei, erzählte er von seiner Krankheit, ging auf beinahe ungeschickt aufgebaute Einzelheiten ein. Er jagte, wie er dreimal infolge von gefährlichen Rückfällen beinahe aufgegeben gewesen sei, wie er nur durch ein Wunder es aber dennoch durchgeholt hätte, dank seines außerordentlich kräftigen Körpers. Die Genesung wäre unendlich langsam vorgeschritten, jetzt noch fühlte er sich nicht recht fest. . . .

„Werden Sie denn schon wieder zu Pferde steigen, draußen herumreiten müssen bei Regen und Schnee?“ fragte Luise beunruhigt.

Diese Angst schmeichelte dem Stolz des Lieutenants. „D!“ gab er zurück, „meinen Dienst werde ich nicht vor einem Monat wieder aufnehmen. Noch dreißig Tage Erholung bei kräftigen Beefsteaks und gutem Bordeauxweine, und dann bin ich vollständig wieder hergestellt. Morgen soll ich mich in der Garnison melden, aber der Major wird mir den noch unumgänglich notwendigen Urlaub bewilligen.“ „Dann werden Sie zu Ihrer Familie zurückkehren?“

Bei dieser Frage lag ein leises Bedauern in der Stimme.

Und abermals erblickte ein Sonnenstrahl Frizens Herz. Seiner Mutter hatte er versprochen, bis zu seiner vollständigen Genesung nach Karlsruhe zurückzukehren; aber plötzlich, ohne nachzudenken, änderte er seinen Entschluß.

„Nein, mein Fräulein,“ beteuerte er, „ich bleibe in Metz.“

Trotz allen Eifers der beiden jungen Leute, trotz Frau Stockmanns Entgegenkommen, waren allmählich alle Fragen von gemeinsamem Interesse erschöpft; das Gespräch wurde schleppend und schlief nach und nach ein.

Die abweisende Haltung von Luise's Vater erlaubte kein offenesherziges Reden über die verschiedensten Gegenstände. Der Elfaßer versteifte sich darauf, beständig durch das Fenster zu blicken, und sein starres Schweigen wurde allmählich ein Hemmschuh anregender Unterhaltung. Frau Stockmann wurde bald von dem Schaukeln des Zuges ermüdet, schloß die Augen und schlief ein. Luise und der Offizier mußten nun wohl still sein, ihre Augen aber blieben berebt.

Fritz fühlte sich sehr ergriffen, sehr verliebt. Während seiner langen Krankheit war die Erinnerung an Luise sein liebster Trost, sein schönster Traum gewesen. Während er körperlich kraftlos in unthätiger Ruhe lag, hatte seine desto freiere Einbildungskraft Kränze für die junge Lothringerin geflochten. Sie war ihm wie umgeben von einem leuchtenden Strahlenkranz erschienen; ihre Züge erglänzten im schönsten Lichte. So hatte Luise's Bild am Lager des Genesenden gewacht. Die Gestalt des jungen Mädchens war ihm immer idealer erschienen, sie hatte für ihn die Hände voll Blumen gehabt, wie eine gute Fee, wie die schönste jungfräuliche Erscheinung eines Dichtergemütes.

Diese geeigneten, oft zurückgerufenen Bilder seiner Phantasie, hatten manche dunkle Stunde seiner Krankheit und seiner Genesung erhellt. Diese Erscheinungen waren ihm Engel aus dem Paradiese geworden, die er sich selbst erschuf, wenn die Leiden des Körpers dem Geiste Flügel gaben. In solchen Träumen war er glücklich gewesen, hatte sein Mund selbst vor dem Tode, dem er so nahe war, gelächelt.

Als er jetzt das junge Mädchen betrachtete, wie es ihm gegenüber saß, sah er jene alten Bilder aufs neue, aber nur wie in einem weit zurückliegenden Sintergrunde, während klar und licht, im hellsten Vordergrund neue Bilder sich erhoben.

(Fortsetzung folgt.)

bei Apel arbeitet, angeblich nach seiner Heimat Königshütte in Oberschlesien unternahm, fragte B. den A., ob er einige Maurer mitbringen könnte. A. habe dem B. erwidert: „Wenn sie dort Leute bekommen können, warum denn nicht.“ B. hat dann in Königshütte auch verschiedene Maurer zu bewegen versucht, nach Magdeburg zu fahren, nachdem er auf eine diesbezügliche Mitteilung an A. von diesem das Reise-geld bekommen hatte. In ganzen waren es sieben Maurer, die mit B. nach hier kamen, nachdem sie von B. die Versicherung hatten, daß in Magdeburg kein Streik sei. Wohl hat B. aber den dortigen Maurern mitgeteilt, daß die Maurer in Magdeburg nicht unter 49 Pf. arbeiten wollen, sein Arbeitgeber A. zahle nur 45 Pf. pro Stunde.

Unter den 7 Maurern, die mit B. nach Magdeburg gefahren waren, befand sich auch der Maurer Klein, welcher kaum hier angekommen, die Arbeit auf dem Bau Apel einstellte, nachdem er davon Kenntnis erhalten, daß über den Bau Apel die Sperre verhängt war. Klein ist dann auf Kosten der Maurerorganisation wieder zurückgeschickt worden. Klein verlangt nun für Reise-geld und Verköstigung 42 Mark. Herr Apel hat sich seiner Zeit geweigert, dem Klein die angegebene Summe zu zahlen. Das Gewerbegericht hat sich ebenfalls mehrfach mit dieser Angelegenheit befaßt. In der Sitzung am Donnerstag wurde der Maurer Josef Poppe dahin zeugeneidlich vernommen, daß er sich zwar nicht erinnert, dem Maurer Klein gesagt zu haben, auf dem Bau Apel laufe die Wausperre, wohl aber habe er gesagt, daß die Magdeburger Maurer nicht unter 49 Pf. arbeiten wollen und daß Apel nur 45 Pf. zahle.

Das Gewerbegericht entschied dahin, Klein wird mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen, weil er auf Grund der Mitteilung des Propetz hätte wissen müssen, daß in Magdeburg Differenzen zwischen einigen Unternehmern und den Maurern bestehen. Den Einwand, den Klein zur Begründung seiner Ansprüche geltend macht, daß, wenn er gemerkt hätte, in Magdeburg sei die Sperre über den Bau Apel verhängt, er nicht nach hier gekommen wäre, sei hinfällig. Klein hat als ehemaliger organisierter Maurer gewußt, daß die Maurer in Magdeburg nicht unter 49 Pf. die Stunde arbeiten wollen. In dem Augenblick, als er sich bereit erklärte, für weniger Lohn in Magdeburg zu arbeiten, hat er sich zum Mitschuldigen des Bruchs einer Sperre resp. Streikbewegung in Magdeburg gemacht. A. mußte sich sagen, daß, wenn in Magdeburg noch keine Sperre vorhanden war, er nach den Äußerungen des Propetz schließen mußte, in M. bestehen Differenzen. Trotzdem ist K. nach Magdeburg gefahren. Aus diesem Grunde mußte das Gewerbegericht so wie geschehen, erkennen.

Der Kaiser, Magdeburg und Merseburg.
Ein in den hiesigen Stadtverordnetenversammlungen wiederholt zu Tage getretener Sehnsuchtsraum der bürgerlichen Kreise ist die Verlegung des Provinziallandtages von Merseburg nach Magdeburg. Die „Magdeb. Ztg.“ weiß nun zu berichten, dem Kaiser habe auf der Reise nach Gotha ein Ausschußmitglied des Provinziallandtages sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die 12er-Suzaren aus Merseburg verlegt worden seien. Darauf habe der Kaiser geäußert, der Gar-dion-Wechsel des Suzarenregiments habe sich aus militärischen Gründen nicht vermeiden lassen; zur Verlegung des Land-tages von Merseburg werde er aber kaum seine Zustimmung geben.

Unfall. Am Donnerstag abend zwischen 7 und 8 Uhr querschte sich der Kutscher eines Lastfuhrwerks beim Abladen eines Geldschrankes vor dem Hause Pappelallee 15 die Finger der linken Hand erheblich. Ein in der Nähe wohnender Arzt legte dem Verletzten den ersten Verband an.

Eine Geburtstagsgratulation eigener Art
wurde einer armen Witwe, Leopoldstraße 6 wohnhaft, am Dienstag zu teil. Die Frau, welche an diesem Tage ihren fünfzigsten Geburtstag feierte, war gerade mit Wäscheauf-hängen beschäftigt, als der Brauer E. S. die Treppe herauf-kam, die Frau an die Kehle packte und heftig schlug. Hätte die Frau nicht laut um Hilfe gerufen, so hätte der rohe Patron sein Opfer noch aus der Bodenluke oder über das Geländer gestürzt. — Noch heute ist die Frau leidend und fast arbeitsunfähig.

Aus dem Bureau des Stadttheaters wird uns geschrieben: Zu den Hauptrollen unserer Schauspielnovität „Nacht und Morgen“, welche morgen ihre Eröffnung feiert, sind die Damen Maxbach und Frohn und die Herren Dr. Senger, Rosbach, Zimmer und Feldner tätig. Die Regie führt Herr Feldner. Die Oper „Meistersinger von Nürnberg“, welche am Sonntag neu einstudiert in Szene geht, wird in genau derselben Einrichtung gegeben werden, in welcher sie bei unseren Meisterfesten zur Aufführung gekommen ist. Auch die zahlreichen Herren aus der Stadt, Mitglieder eines ange-sehnen Gesangsvereins, welche damals so wesentlich zum guten Ge-lingen der zahlreichen Chorgesänge beitrugen, haben ihre Mitwirkung zu dieser Aufführung wieder zugesagt. Neben Herrn E. Vog, welcher als Solist Solist gestiegen, wird Frau M. Hilde Hofmann auf Engagement gastieren. Die Musik ist unserer Mitbürgerin Frau Direktor Lu. Schick, „Ihr Geis“, wird am Sonnabend, den 1. Februar, zum ersten Male zur Aufführung kommen.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordneten-Sitzungsjaale.

Magdeburg, 23. Januar 1902.

Die Sitzung wird um 4 1/2 Uhr vom Vorsitzenden Herrn Friese eröffnet.

Statuserhöhungen und Ueberschreitungen.

Die Erhöhung des Titels XXXI 16 E des Kammerer-Haus-haltsplans für 1891 — Hilfsarbeiter beim städtischen Anzei: 2000 Mk. — um 600 Mark wird beschlossen vom Berichterstatter Stadtv. S a b e l i und von der Versammlung angenommen.

Der Titel für die Unterhaltung der Schulgebäude, der Klassen-schwestern und der Turnplätze im Schuljahr-Haushaltsplan für 1901 um zusammen 11 100 Mark überschritten. Diese Ueberschreitung wird vom Berichterstatter Stadtv. Dr. G r e n z o n festgestellt und von der Versammlung genehmigt.

Die Ueberschreitung einiger Titel der Straßenreinigung im Kammerer-Haushaltsplan für 1901 um zusammen 1021,12 Mark wird vom Berichterstatter Stadtv. G o e p p e als „unwesentlich“ bezeichnet und von der Versammlung genehmigt.

Die Ueberschreitung des Titels VI 4 des Kammerer-Haushalts-plans für 1901 — Bedürfnisanstalt auf der Messe: 385 Mark — um 101,33 Mark wird vom Berichterstatter Stadtv. D u p o n t damit gerechtfertigt, daß „außerordentliche Reparaturen“ notwendig waren, und von der Versammlung genehmigt.

Geldbewilligungen.

Die Bewilligung von 120 Mark zur Herstellung von Gasbeleuch-tungsanlagen in den Handwerkerfluren des Hauptfeuerwehrdepots erfolgt auf Antrag des Berichterstatters Stadtv. D e m a r.

Die Bewilligung von 4222,55 Mark aus Titel XIV 7 E des Kammerer-Haushaltsplans für 1901 für die Reparatur der Dampf-pumpe 1 der städtischen Feuerwehr erfolgt auf Antrag des Bericht-erstatters Stadtv. G o e p p e, der diese Ausgabe als „dringend“ be-zeichnet. — Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft die

Erteilung der Bauerlaubnis

an den Maurerpolier Hermann für die an der Ecke der Fort-verbindungs- und Braunschweigerstraße belegene Baustelle des Maurer-meister Schabbschen Grundstücks. Stadtv. F i l i s c h e beantragt im Namen des Bauauswahlausschusses die Zustimmung, welche auch erfolgt. — Es folgen

Mitteilungen.

Die Mitteilung des Berichts über den dritten Verbandstag der Hilfschulen Deutschlands zu Augsburg am 10., 11. und 12. April 1901 erteilt als Berichterstatter Stadtv. Prof. Dr. W i a t h: Daß die Be-wegung der Hilfschulen in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht hat, beweist die Prof. W i a t h, die ich Ihnen daher sehr empfehle.

Die Mitteilung des Festes 7 des Blattes „Die deutsche Fort-bildungsschule“ für 1901 mit dem Bericht über den Fortbildungsschul-tag in Magdeburg (Mingsten 1901) erteilt als Berichterstatter Stadtv. K i t t i c h (Soz.): Die Lektüre des Berichtes kann ich allen Freunden des Fortbildungsschulwesens, die ja auch in dieser Versammlung zu finden sind, dringend empfehlen.

Die Mitteilung des vorläufigen Berichts über die 7. Haupt-versammlung (Oktober 1901) des Vereins zur Förderung des latein-loser höheren Schulwesens erteilt als Berichterstatter Stadtv. Prof. Dr. W i a t h: Ich habe in diesem Bericht kaum etwas von besonderem allgemeinen Interesse gefunden, es handelt sich hier in der That nur um lateinlose Schulen.

Die Mitteilung der Nummer 7 der Blätter für Knaben-Handarbeit (Juli 1900) mit dem Bericht über die Hauptversammlung des Deutschen Vereins für Knaben-Handarbeit in Hildesheim am 9. und 10. Juni 1900 erteilt als Berichterstatter Stadtv. H a e j e.

Die Mitteilung des Jahrbuchs der Denkmalpflege in der Provinz Sachsen für 1900 erteilt als Berichterstatter Stadtv. G o e d e c k e: Das interessante Jahrbuch empfehle ich Ihnen als Lektüre. Auffallend ist, daß der Staat nichts zu den Denkmalern zahlt. Im vorigen Jahre hat er noch 500 Mark gegeben, in diesem Jahre nichts. Wir haben hier in Magdeburg eine Million für ein neues Museum bewilligt. Das Provinzial-Museum aber ist in Halle und nicht in unser. Wir müssen Mittel und Wege finden, um die Staatsregierung zu bitten, damit nicht alles nach Halle kommt.

Stadtv. J a e n i c h: Der Staat hat die Verteilung von sich ab und auf die Provinzen gemißt, aber der Staat zahlt noch immer Geld für Denkmäler. Wer Interesse für die Förderung der Kunst hat, der wende sich an mich, ich bin Schatzmeister des Vereins zur Förde-rung der Denkmäler und bitte Sie, um der guten Sache zu dienen, privatim Geld dafür zu geben. Daß aus dem hiesigen Dom Gegen-stände nach Halle geschickt sind, halte ich für einen Mißstand.

Die Mitteilung des Festes 7 der Mitteilungen an die Mitglieder des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen und des Bundes 19 der Veröffentlichungen des genannten Verbandes erteilt Berichterstatter Stadtv. K a t h u s i u s: Auf dem Verbandstage waren auch Delegierte aus Magdeburg. Man hat sich dort auch mit der Frage der Fortbildungsschulen für weibliche Angestellte im kauf-männischen Geschäften befaßt.

Die Mitteilung des Geschäftsberichts des Central-Vereins für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschifffahrt über das Vereinsjahr 1900 erteilt als Berichterstatter Stadtv. F r i e d e b e r g.

Der Bericht tritt mit Recht für die große Kanalvorlage ein, die ja leider gefallen oder vielmehr von der Regierung zurückgezogen wurde. Oberbürgermeister S c h n e i d e r: Der Kanal hätte unserer Stadt großen Vorteil gebracht, so viel an dem Magistrat liegt, wird er auch weiter für den Kanalbau eintreten.

Die Mitteilung des Rechnungsabchlusses (1900) des Magde-burgischen Geschichtsvereins giebt als Berichterstatter Stadtv. G o e d e c k e: Der Verein teilt uns seine Einnahmen und Ausgaben mit. Die Stadt zahlt an denselben jährlich 600 Mark. Wir werden wohl beim Etat noch Gelegenheit haben, uns über Zweck und Ziele des Vereins aus-zusprechen.

Die Mitteilung des Berichts über die Tätigkeit der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen während der ersten zehn Jahre ihres Bestehens (1891 bis 1901), sowie des Ausganges aus der Rechnung für 1900/1901 und des Etats für 1901/1902 erteilt als Berichterstatter Stadtv. B r a n d e s (Soz.):

Der Centralstelle gehören der Mehrzahl nach Ministerialräte, Großindustrielle und reiche Firmen an. Die Centralstelle hat ein Register aller Wohlfahrts-Einrichtungen angefaßt, die es eine Reihe giebt, und auch die umfassendsten Arbeiten über Gemeinwohlfragen veröffent-licht. Die Centralstelle giebt über derartige Wohlfahrts-Einrichtungen jederzeit Auskunft und hat auch ganz interessante Fälle in ihrer Zeit-schrift über gemein-welthige Fragen veröffentlicht. Sie hat aber wenig positives geleistet. — Anerkennenswert ist, daß die Centralstelle Konzerte zu billigen Enten veranstaltet hat, welche im ganzen von etwa 15 000 Arbeitern besucht waren; daß sie ferner Fische von Nutzen verankauft hat, bei denen sich unter Leitung von Fachgelehrten im ganzen etwa 10 000 Arbeiter beteiligten; daß sie endlich angeblich die Veranstaltung von Hochschulen für Arbeiter geordnet hat. Wünschenswertes zu bieten hat sich die Centralstelle in der That zur Auf-gabe gemacht, in dieser Richtung hat sie einigermaßen Erfolg, nicht aber hat sie die Armen gelindert. Die Arbeiter stehen der Centralstelle zum Teil zurückhaltend, zum Teil mit Mißtrauen gegenüber. Sehen Sie sich die Unterschriften an. Ein Ministerialrat neben dem andern! Nur dürftige Summen stehen der Centralstelle zur Verfügung und die jenseits noch größenteils von Reichs- und Landesbehörden. Diese Einnahmen gehen größtenteils in den Verwaltungskosten drauf. Andere Vereine haben viel mehr für die Arbeiter gethan, wie diese Ver-einigung.

Oberbürgermeister S c h n e i d e r: Der Vorstand kann doch wirklich nicht verlangen, daß zu der Centralstelle Leute gehören, die mit ihm einer Meinung sind. An der Spitze der Centralstelle steht der hochverdiente Geheim-Regierungsrat Hoff. Die Centralstelle hat das sozialpolitische Verständnis in die weitesten Kreise getragen und verdient unter aller Wohlfahrt.

Stadtv. B r a n d e s (Soz.): Von den Verdienten, die Herr Oberbürgermeister eben gerühmt hat, steht in dem Bericht nichts, wie Sie sich selbst alle überlegen können.

Die Mitteilung des Geschäftsberichts des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke für das Jahr 1900 erteilt als Berichterstatter Stadtv. Dr. K a u f m a n n: Ich empfehle Ihnen den recht interessanten Bericht zur Lektüre.

Die Mitteilung des Berichts über die Sitzung des Vereins zur Beförderung des Gewerbeleibes vom 7. Januar 1901 erteilt kurz Stadtv. J a e n i c h.

Haushaltspläne.

Die Haushaltspläne des Viehhofs — einschließlich des alten —, des Schlachthofes, der Unterbringung des im Schlachthofe zu Magdeburg zu schlachtenden und geschlachteten Viehs (Fleischhaus) und der Fleisch-haus für das von außerhalb eingeführte Fleisch für 1902.

Herrn und vom Haushalts-Ausschuss als Referenten gewählt die Herren W e n g l a u und V o g (Soz.).

Stadtv. W e n g l a u: Ich habe nichts zu sagen.

Stadtv. V o g (Soz.): Die Gesamteinnahmen betragen 579 825 Mark, die Gesamtausgaben 379 350 Mark. Im Namen des Aus-schusses empfehle ich den Ausgabeposten für Kohlen um 360 Mark zu

erhöhen. Im Ausschusse habe ich empfohlen, um eine Statistik über die Höhe der Arbeitslöhne in der Schlachthof- und Viehhofverwaltung vorzulegen. Leider wäre die Mehrheit des Ausschusses gegenwärtiger Meinung, obwohl wir über die Gehälter der Beamten stets unter-richtet werden und z. B. der Stadtv. Jaensch immer sehr spezialisierte Auskünfte vom Magistrat verlangt.

Stadtv. D r e n d m a n n beantragt die Errichtung eines Brunnens auf dem Schlachthof durch Tiefbohrungen.

Stadtv. G ä h m e r: Daß auf dem Schlacht- und Viehhof ver-wandte Wasser kostet jetzt 20 000 Mark mehr wie früher, als besondere Brunnen dafür waren. Das städtische Wasserwerk berechnet den städti-schen Wadaenstellen nur 8 Pfg. pro Kubikmeter Wasser, den Interessenten des Schlachthofes aber 14 Pfg. Das ist eine Benachteiligung der Fleischmeister.

Stadtv. J a e n i c h: Frisches Wasser auf dem Viehhof zu be-kommen ist sehr schwierig. Wir haben schon genügend Versuche gemacht und viel Geld dafür geopfert. Es liegt gar kein Grund vor, den Schlachthofen das Wasser billiger zu lassen wie anderen Leuten, zumal die Herren das Geld nicht selbst bezahlen, sondern auf ihre Kunden abwälzen. Der Schlachthof hat die Aufgabe, der Stadt möglichst große Einnahmen zu schaffen, darum hat diese ja schon das große Opfer des Viehhofes gebracht. Besser ist es, der Schlachthof bringt das Geld, als die Gesamtheit durch ihre Steuern. Die Provinzial-Zentralanstalten haben sich bemüht, billiges Wasser durch Tiefbohrungen zu erlangen. Wenn das Wasser nachher salzig ist oder eisenhaltig, das man da unten findet, hat man das Geld dafür umüß geopfert.

Stadtv. S c h n e i d e r: Infolge solcher mißliebigen Erfahrungen, wie sie der Vorredner angeführt hat, sollte man die Ausgabe für die Tiefbohrungen lieber sparen. Der Viehhof ist nur ein notwendiges Uebel, das wir des Schlachthofes wegen schaffen mußten.

Stadtv. G ä h m e r: Wenn ich die Fähigkeit hätte, alle für oder gegen eine Maßnahme sprechenden Gründe aufzählen zu können, wie Herr Jaensch, so würde ich die Mehrheit auf meiner Seite haben. Leider habe ich nicht so viel Abgabe wie Herr Jaensch.

Der Antrag des Ausschusses auf Errichtung des Ausgabepostens für Kohlen wird einstimmig; der Antrag auf Vornahme der Tief-bohrungen zwecks Errichtung eines Brunnens auf dem Schlachthof mit einer Mehrheit angenommen, zu der auch die Sozialdemokraten ge-hören.

Die Etats werden angenommen.

Für die Haushaltspläne der Armenkassen, der Krankenanstalten Altstadt und Sudenburg, der Armen- und Arbeitsanstalt, der städtischen Erziehungsanstalt und des städtischen Asyls für Obdachlose für 1902 fungiert als Berichterstatter des Haushaltsausschusses der Stadtv. V o g (Soz.):

Die Einnahmen des Armenrats betragen 79 480 Mark, die Aus-gaben 830 200 Mark, von diesen Ausgaben entfallen 330 320 Mark für die Armenanstalten. Lobend hervorzuheben ist, daß die Armen-ärzte vom 1. April dieses Jahres ab auch als Schulärzte fungieren sollen. In dankenswerter Weise hat der Stadtv. Kommerzienrat Friese sich im Ausschusse für die Beteiligung von Damen bei der Armenpflege ins Zeug gelegt. Bürgermeister Fischer hat freilich konstatiert, daß es nicht leicht ist, die geeigneten Damen ausfindig zu machen. Freilich kein Wunder bei der politischen Rechtslosigkeit der Frauen! Zu erwägen ist, ob man nicht besoldete Damen bei der Armenpflege benützen soll, freilich müßte dieser Gedanke erst der Bürgerschaft zur Diskussion unter-breitet werden.

Bürgermeister F i s c h e r: Wir haben den Armenärzten zum 1. April gekündigt, nicht um die Herren zu entlassen, sondern um neue Verträge mit ihnen zu verhandeln, damit die Herren sich auch als Schulärzte betätigen. Obdachlos waren in den verschiedenen städtischen Asylen

	am 1. Oktober 1898	60 Personen
	„ 1. April 1899	56 „
	„ 1. Oktober 1899	118 „
	„ 1. April 1900	205 „
	„ 1. Oktober 1900	367 „
	„ 1. April 1901	286 „
	„ 1. Oktober 1901	316 „
	„ 1. Januar 1902	291 „

Beschlossen haben wir schon, daß zu allen Armenkommissionen je zwei Damen zugezogen werden, aber die Herren von der Armen-kommission schlagen uns nur ungern Damen vor, so daß wir erst in der Hälfte der Kommissionen unsern Plan durchgeführt haben.

Stadtverordnetenvorsteher F r i e s e beantragt, mehr Damen als bisher bei der Armenverwaltung ehrenamtlich zu beschäftigen. Besoldet dürfen dieselben natürlich nicht werden, was sie für die Armen thun, muß freiwillig geschehen.

Stadtv. Dr. R o s e n t h a l: Die Frauen sind im Dienst der Wohl-thätigkeit unerlässlich, wie ja auch die Krankenpflegerinnen ausgedehnt wirken. Unter unseren Armenärzten befindet sich bisher nur ein Ohren-arzt; ich beantrage die Anstellung eines zweiten Ohrenarztes.

Bürgermeister F i s c h e r spricht für den Antrag Friese.

Stadtv. J a e n i c h: Es genügt, wenn wir für die Armen Ärzte haben; Spezialisten sind nicht nötig. Wir haben für Obdachlose eigen-tlich schon zu viel Vorkehrungen. Die Verlegung der Asyls ist nicht so stark, als mancher vermutet. Viele Obdachlose kommen auf einen Tag aus anderen Städten. Es ist das eine eigene Neigung mancher Leute, so viel zu wandern, durchaus nicht immer Not. Viele Leute brachen sich zu dem Vergnügen auf die Waise. Daß Damen Ehrenämter in der Armenpflege besoldeten, halte ich auch für gut, aber das muß freiwillig geschehen. Frauen sollte man zu Ehrenämtern nicht zwingen.

Bürgermeister F i s c h e r: Es sind täglich 20 bis 40 Personen, welche sich als obdachlos für eine Nacht in einem unserer städtischen Asyls aufhalten, sich also an der Wanderschaft befinden.

Stadtv. V o g (Soz.): Manche Familie ist obdachlos, weil die Hausbesitzer Leute, welche Kinder haben, nicht aufnehmen wollen. Man hat leider schon davon gesprochen, die Gebühren in den städtischen Krankenhäusern heraufzusetzen. Das darf auf keinen Fall geschehen. Schon jetzt sind die Krankenkassen unverhältnismäßig hoch belastet.

Der Antrag Friese, für den auch die Sozialdemokraten stimmen, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Antrag Rosenthal wird abgelehnt: für diesen Antrag stimmen außer den Sozialdemokraten nur noch vier Herren.

Ueber den Haushaltsplan für die städtischen öffentlichen Anlagen und Erholungsanstalten der Stadt Magdeburg für 1902 berichtet im Auftrage des Haushaltsausschusses Stadtv. J a e n i c h:

Der Zuschuß der Stadt beträgt 33 591 Mk. 89 Pfg. Zu Kostspielig ist die Obstpflege der Stadt. Der Magistrat sollte ein offenes Auge dafür haben, daß hierfür nicht zu viel gezahlt wird. Klagen sind vielfach über zu hohe Preise in den von der Stadt verpachteten Restau-rants eingelaufen.

Stadtv. R i e m a n n II: Die Wirte in den städtischen Anlagen müssen doch in ihrem Verträge die Höhe der Preise für Speisen und Getränke ausgemacht haben. Nichten sich die Wirte danach nicht? Das muß kontrolliert werden. Wenn Sie von der Gartendeputation hinfommen, dann werden Sie natürlich gut bedient. Wir sollten eine besondere Kommission zur Kontrolle errichten. Ich bin in einem von der Stadt verpachteten Restaurant schon mal betrogen worden. Das Bier wird da so geschüttet, daß man nur — ich will nicht sagen ein halbes Glas — aber nicht viel mehr statt eines ganzen bekommt. Ge-rade die städtischen Restaurants sollten Musteranstalten sein.

Stadtrat M e i m a r u s: Wenn Sie eine Kommission wählen, werden die Mitglieder derselben wohl bald bekannt werden und eben-so vorzüglich bedient werden wie die Gartenbaudeputation. Geschüttet wird überall. Als die Biersteuer eingeführt wurde, sagte mir ein hiesiger Gastwirt: „Denken Sie denn, ich werde so dumm sein, die Biersteuer zu bezahlen? Die bezahlt das Publikum an den Bitterbröten. Die Leute können ja doch nicht beurteilen, ob eine Stulle 25 oder 30 Pfa-wert ist.“ Wenn Sie heute den Tarif mit den Wirten noch so sich vereinbaren, das hilft doch alles nichts. Steht im Vertrag, ein Butter-brot darf nur 25 Pfennig kosten, dann haben Sie noch keine Sicherheit, was darauf liegt.

Stadtv. J a e n i c h: Eine Kommission wird um so weniger nützen, als die Mitglieder derselben vermutlich den ganzen Sommer auf Reisen gehen. Das Publikum ist selbst schuld, wenn das Bier

geschnitten wird. Man bestellt hier „Bier mit Sahne“. Das ist Volksgewohnheit.
Städt. Schneider: Wenn wir aus den Restaurationen in den städtischen Anlagen Musteranstalten machen wollten, müßten wir besoldete Kaffeeleute dort anstellen und nicht Wirte dort einsetzen, die uns eine hohe Pacht zahlen müssen.
Städt. Stern: Wenn wir die Wirte kontrollieren wollen, müssen wir es wie Harun-al-Raschid machen, welcher sich verkleidete, um die Zustände in Bagdad zu untersuchen. Es ist also empfehlenswert, daß die Mitglieder der Partideputation verkleidet die Restaurationen aufsuchen.
Städt. Niemann: Man sollte lieber weniger Pacht und besseres Essen und Trinken verlangen.
Städt. Särtner (Soz.): Ich schließe mich dem praktischen Vorschlag des Herrn Stern an, daß sich die Herren von der Partideputation nach der Taktik Harun-al-Raschids verkleiden an die Prüfung der Speisen und Getränke in den fraglichen Restaurationen heranzumachen. Nur hoffe ich, daß es den Herren dann nicht so ergeht wie unserem Kollegen Hoffmann in Berlin, daß sie nämlich verhaunt werden. (Große allseitige Heiterkeit.)
Städt. Demar: Man kommt ja mit seinem Gelde gar nicht aus, wenn man — nur um zu kontrollieren — alle Sorten Bier und andere Getränke zu sich nehmen soll. (Heiterkeit.) Wer von uns bekannt ist, der wird in den von der Stadt verpachteten Wirtschaften vorzüglich bedient, der bekommt dort Stadtratskaffee. (Heiterkeit.)
Städt. Fäncke beauftragt die Errichtung eines Kinderspielfeldes im Friedrich-Wilhelms-Garten.
Der Antrag Fäncke wird abgelehnt; zu der Minderheit gehört auch die sozialdemokratische Fraktion. Der Etat wird angenommen. Schluß der öffentlichen Sitzung 7 Uhr.

Provinz und Ungegend.

Hz. Fernerleben. (Gemeindevertreter-Sitzung) findet am Freitag, den 24. Januar, nachmittags 4 Uhr statt; zur Beratung und Beschlußfassung kommen die endgültige Festsetzung des Vertrages, welcher bei Herstellung der Straßen des Faberschen Baugeländes zu Grunde zu legen ist, und des bezüglich der Eingemeindungsangelegenheit aufgestellten Vertragsentwurfes. Hauptsächlich wird nun wohl die erste dieser Sachen ihre Erledigung finden; schon jahrelang beschäftigt sich die Gemeindevertretung mit der Angelegenheit; auch die Arbeitslosen, deren es in unserm Orte eine ganze Anzahl giebt, sehen mit Spannung dem Ende dieser Angelegenheit entgegen, um Arbeitsgelegenheit zu bekommen.

hm. Westerhüsen-Salbe. 22. Januar. (Zur Lokalfrage.) In der letzten am 8. Dezember abgehaltenen Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurde der Beschluß gefaßt, Diskussions- und Lesende bei Herrn Gryleben in Fernerleben abzuhalten. Am ersten Mittwoch erschien der Vorsitzende unserer Filiale und ein Mitglied — am nächstfolgenden Mittwoch erschien ein Mitglied! Damit hatte der Beschluß seine Erledigung gefunden.

Die Lokal-Besitzer in Westerhüsen und Salbe sehen die Arbeiter alle gern kommen, wenn sie als Mitglied eines Klubbvereins, als Stat- oder als Geschwister erscheinen. Kommt der Arbeiter aber als Gewerkschaftler oder gar als Sozialdemokrat, dann giebt es Maserimpfen, Nadelstichen, auch wohl ein höfliches Bedauern. Arbeiter, Parteigenossen! Wollt ihr euch eine derartige widersinnige Behandlung für immer gefallen lassen? Den Parteigenossen müßte es doch endlich begreiflich sein, daß wir nicht länger ohne Versammlungsort sein können. Wir haben alle Ursache in Versammlungen zu beraten, wie wir unsere Interessen zu vertreten und zu wahren haben, darum auf zur Erringung der Lokale.

hm. Diesdorf. 24. Januar. (Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins) findet am Sonnabend, den 25. d. M., abends 8 Uhr im Silberbrandtschen Lokale statt. Es ist selbstverständlich, daß alle Parteigenossen erscheinen, da außer der Aufstellung des Kandidaten zur Gemeindevertreterwahl noch sehr wichtige Fragen auf der Tagesordnung stehen. Darum auf zur Versammlung!

w. Niederndobeleben. 24. Januar. (Auf zur Gemeindevertreterwahl.) Parteigenossen! Versäumt nicht die Einsicht in die Wählerliste zur Gemeindevertreterwahl! Alles Nähere in der öffentlichen Volksversammlung am Sonntag, den 26. d. M., abends 7 Uhr im Hornemannschen Lokale.

g. Mischerleben. 22. Januar. (Steigerung der Arbeitslosigkeit.) Seitdem von den zahlreichen Arbeitslosen vielleicht 200 mit Notstandsarbeiten seitens des Magistrats beschäftigt werden, finden täglich in den größeren Betrieben zahlreiche Entlassungen statt. Die Kalwerke haben bis jetzt noch bei voller Arbeitszeit den Betrieb erhalten und hätte es mit Rücksicht auf die bereits so große Zahl der vorhandenen Arbeitslosen geschehen können, Entlassungen zu vermeiden und dafür Betriebs Einschränkungen eintreten zu lassen. Auch in Eisenbahnbetrieben haben Arbeits Einschränkungen, die sich auf 2 Tage pro Woche ausdehnen. Als Illustration hierzu darf aber wohl die Erhebung eines Beitrages von diesen Arbeitern zum Festkommers an Kaisers Geburtstag dienen, wozu natürlich nur auf Wunsch die Beitragung erfolgt ist. Als eine Ironie des Schicksals darf es wohl angesehen werden, wenn von diesen Arbeitern verlangt wird, beim Festkommers zu erscheinen, um ihren „patriotischen“ Gefühlen Ausdruck zu geben, zumal die gezahlten Löhne (2,20 bis 2,70 Mark) nach dem Abzug von 1/2 dieselben bis auf die höchste gesteigert haben. Von dem im Reichstage seitens der Vertreter im Eisenbahn-Reisort gemachten Versprechungen haben die hiesigen Eisenbahnarbeiter noch nichts zu erwarten.

Bezüglich der Entlassungen in der Mischerlebener Maschinenbauanstalt darf man es wohl als einzig in dieser Art bezeichnen, wenn Formereiarbeiter, die bis dato einen Stundenlohn von 50 Pfennig bekommen, fortan noch 27 Pfennig Stundenlohn erhalten sollen. Diese Maßnahme ist von dem Direktor Biers angeordnet worden, der sich in Coitbus in gleicher Weise betätigt hat. Wie es den beteiligten Arbeitern bei einer 6 1/2 stündigen Arbeitszeit unter diesen Umständen möglich sein soll, ihren Pflichten bezüglich der Steuerzahlung nach zu kommen, bedarf wohl keiner Erörterung und darf man sich an zuständiger Stelle darüber

klar geworden sein, daß die Erteilung des genannten Betriebes nicht im Interesse der Arbeiterchaft erfolgt ist. Diefem Uebel dürfte aber Abhilfe zu bringen sein, wenn im hiesigen Stadterordnetenkollegium Stellung zu dieser Frage genommen würde, was um so leichter zu erwarten steht, da die Gehälter der Direktoren und Ingenieure sowie Beamten noch keinerlei Abbruch erfahren haben.

abc. Warby. 22. Januar. (Abwehrtreff.) Nachdem der erst kürzlich in unserer Zeitung bekannt gegebene Fall der Firma Marquardt, der übrigens mit der Entlassung der drei dem Volksverein angehörigen Mitglieder gedeutet hat, sein Ende dadurch gefunden hat, daß sich die betreffenden Kollegen einen eigenen Bauplatz errichteten, verjucht es der Schiffszimmermeister Fr. Weise ebenfalls, seinen Bauplatz von den sogenannten „Hegern und Wühlern“ zu reinigen. Der Schiffszimmerer Aug. Krüger aus Schönebeck, der schon wegen seinem Vorstandsposten in Schönebeck und auch in Magdeburg gemahregelt ist, arbeitet jetzt seit circa 8 Wochen auf dem oben bezeichneten Platz. Am Montag wurde er nun vom Meister ohne Angabe eines Grundes gekündigt. Die Kollegen des gekündigten haben — wie wir bereits kurz berichteten — dem Herrn Weise die Antwort darauf gegeben, indem von sämtlichen 22 beschäftigten Schiffszimmerern und Hilfsarbeitern heute mittag 16 die Arbeit mit der Erklärung niederlegten, sie würden nicht eher wieder in Arbeit treten, als bis die Kündigung des Kollegen Krüger von seiten des Meisters Weise zurückgenommen ist.

Sämtliche im Ausstand Befindlichen sind organisiert; von ihnen sind 10 Schiffszimmerer, 3 Zimmerer, 1 Maurer, 1 Bauarbeiter und 1 Schiffer. Von den Arbeitswilligen sind 1 Schiffer und 1 Schiffszimmerer organisiert, während die übrigen 4 keiner Organisation angehören. — Die organisierte Arbeiterchaft von Warby wird auch diesmal die geblühende Antwort dem Herrn im eigenen Hause geben, nämlich Stand halten bis zum letzten Augenblick, wie es die sehr gut gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft von Warby stets gethan hat.

Cisfeld. 23. Januar. (Vertreter von „Bildung und Besitz.“) Die hiesige Stadtverwaltung hat an Sparjamkeit denn doch selbst die engstehenden Kommunalphilister anderer Orte übertrumpft. Die hiesige Kommune hat nämlich die Stiftung des Herrn Lobenstein-New-York im Betrage von 50 000 Mark für eine hier zu errichtende Volksbibliothek abgelehnt, weil der Stadt durch die Vergabe des Bauplatzes, die Anstellung einer Bibliothekarin u. z. zu große Kosten erwachsen würden und das Bedürfnis für eine so große Bibliothek nicht vorliege.

-i. Gommern. 22. Januar. (Versammlungsbereich.) In der am 18. Januar d. J. hier stattgefundenen öffentlichen Volksversammlung sprach der Stadtverordnete Genosse Hoffmann aus Berlin über: „Das Volk der Denker in der Zwangsjacke“. Auch wurde die Versammlung vom Vorsitzenden ermahnt, für die Verbreitung unserer Arbeiterpresse unermüdet thätig zu sein.

-i. Gommern. 22. Januar. (Unfälle.) In dem in Dannigkower Feldmark gelegenen Richard Schröderschen Steinbruch erlitt der Arbeiter Friedrich Wehe aus Ladeburg einen Unfall dadurch, daß ein schwerer Stein, welchen er angehoben hatte, zurückschlug, und dem Arbeiter zwei Finger der rechten Hand vollständig zermalmete. — Ein anderer Unfall, dem der Arbeiter Wilh. Beier aus Tangermünde zum Opfer fiel, ereignete sich heute in dem im „neuen Lande“ gelegenen J. G. Dümlingschen Steinbruch. Gewöhnlich sind hier drei Arbeiter damit beschäftigt, die Lowries zu entladen. Der Bruchmeister ließ diesmal indes die beladene Lowry, ehe die zur Förderung bestimmten Arbeiter zur Stelle waren, heraufziehen. Beim Ausschlagen des Seiles muß er wohl die richtige Stelle verpaßt haben, denn die Lowry ging zurück — er allein konnte sie ja auch nicht halten — und fauste die steile Fahrt in den Bruch hinunter. Hierbei wurde der pp. Beier von der Lowry erfaßt und ein Stiel mit fortgeschleift, wobei er nicht unbedeutende Verletzungen an einem Arm und im Rücken davontrug. Daß die Verletzungen nicht so leichte sind, ersieht man daraus, daß der Bedauernswerte auf Anordnung des Arztes nach dem Krankenhause in Magdeburg gebracht wurde. Leicht hätte das Unglück noch schrecklicher werden können; denn der Arbeitsplatz einiger Arbeiter befindet sich da, wo die Lowry überschlug. Glücklicherweise waren aber diese mit anderer Arbeit während des Unglücks beschäftigt, und auf diese Weise entgingen sie einem Unheil.

Halberstadt. 23. Januar. (Erziehung in den „besten“ Familien.) Ein Abiturient des hiesigen Realgymnasiums wurde entlassen, weil er einem Professor der Schule die Fenster eingeworfen hat.

dt. Quedlinburg. 22. Januar. (Genosse Paul Gühre.) bekanntlich früher evangelischer Geistlicher, hat für nächsten Monat die Abhaltung von zwei Versammlungen in Thale und Quedlinburg zugesagt.

dt. Quedlinburg. 23. Januar. (Der Streit um die Volksbadeanstalt.) Wir haben in einer unserer letzten Nummern die Absicht unserer Stadtverwaltung, die Errichtung einer Volksbadeanstalt zu fördern, anerkennend erwähnt und den Wunsch ausgesprochen, daß diese in sozialer und sanitärer Hinsicht notwendige Reform durchgeführt werden möge. Magistrat und Stadterordnete sind von der Notwendigkeit der Errichtung einer Volksbadeanstalt überzeugt und wollen alles thun, um das Projekt zu verwirklichen.

Der Bau kostet ohne Grundstück 160 000 Mark. Um die Ueberlassung des Grundstückes an das gemeinnützige Unternehmen wird die Stadt gebeten; gewiß wird das keine Fehlbite sein. Der Ausschuß hat sich die Sache so gedacht, daß 50 000 Mark der Bausumme durch Geschenke unserer wohlhabenden Bürger aufgebracht werden, 25 000 Mark sind bereits vorhanden, es fehlen also noch 25 000 Mark, um deren

Beschaffung nach unserer Meinung unsere reichen Witzbürger mitteilern müßten, schon um Gelegenheit zu haben, ihren Ueberfluß an Geld auf verständige Weise los zu werden. 50 000 Mark sollen durch Anteilscheine aufgebracht werden; 30 000 Mark sind bereits gezeichnet, so daß noch 20 000 Mark fehlen. 60 000 Mark sollen durch Aufnahme einer Hypothek zu 3 1/2 Prozent beschafft werden. Es fehlen also noch 55 000 Mark, welche teils durch Geschenke unserer zahlreichen wohlhabenden Bürger, teils durch Entnahme von Anteilscheinen gedeckt werden müßten. Da das Volksbad von vornherein als Eigentum der Stadt gedacht ist, hätten wir, wenn der so oft gerühmte „Gemeinsinn der Bürger“ versagen sollte, nichts dagegen einzuwenden, wenn die fehlende Summe aus dem der Stadt zur Verfügung stehenden Fonds bewilligt würde.

Man sollte nun denken, daß gegen eine so gemeinnützige Einrichtung und die Art, in welcher die Kosten aufgebracht werden sollen, kein vernünftiger Mensch Einspruch erheben kann. Und doch findet sich ein freisbarer Geist in der Person des Herrn G. Niemann, welcher mit allerdings sich selbst widerlegenden Argumenten das Projekt zu nichte zu machen sucht. Herr G. Niemann polemisiert in einem „Eingefandt“ in Nr. 18 der „Quedlinburger Zeitung“ folgendermaßen:

Aus allen Orten schreibt man seit längerer Zeit von Arbeitslosigkeit und Rückgang der Geschäfte; nur in Quedlinburg scheint dies nicht der Fall zu sein. Man plane den Bau eines Krankenhauses, Centralfriedhofes, Eisenbahnen, wolle taualisieren und ein Elektrizitätswerk anlegen und zuguterletzt noch ein Volksbad errichten, und alles dieses auf Kosten des Stadtsäckels und der Steuerzahlenden Bürger.

Herr Niemann bezeichnet im Verfolg seiner Polemik die Errichtung eines Volksbades als „Lurus“ (!) Wer einen solchen Luxus beanspruche, solle ihn auch entsprechend bezahlen.

Wir machen Herrn Niemann darauf aufmerksam, daß auch in Quedlinburg die Arbeitslosigkeit, und in Zusammenhang damit die Geschäftestillung, wenn auch nicht in dem Umfange wie in großen Städten, ihre Kreise zieht, und daß Stadtverwaltungen, welche ihre Aufgabe ernst nehmen, die Pflicht haben, gemeinnützige Einrichtungen, welche zugleich Arbeitsgelegenheit bieten, zu fördern suchen. Wir Sozialdemokraten werden auf die Gefahr hin, zu den Kosten beitragen zu müssen, derartigen gemeinnützigen Einrichtungen unsere Zustimmung nicht versagen. Herr Niemann spricht am Schlusse seiner Ausführungen den Wunsch aus, weitere Stimmen über seine Ansichten zu hören.

Unsere Stimme hat er gehört, es ist die Stimme des Volkes.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Schönebeck passieren jetzt allwöchentlich Einbrüche diebstahl, obwohl einige Diebe schon abgefaßt worden sind. — Der Quedlinburger Magistrat plant die Begebung einer Anleihe von 2 500 000 Mark. — In einem der letzten Abende wurde in Quedlinburg das neben der Schafbrücke angebrachte Geländer zerstört. Der Wirt von Dippendorn, Herr Müller, legt auf die Ermittlung der Thäter eine Belohnung aus. — In Gryleben wurde am Dienstag die 19 jährige Luise B. von zwei unbekanntem Männern überfallen. — In Wernigerode steht die Emission einer Anleihe von zwei Millionen Mark bevor. — In Wernigerode sind die Anschlußleitungen an den Honschen Kanal vor kurzem einer Revision unterzogen worden. Dabei hat sich herausgestellt, daß von den 97 Anschlußleitungen in der Stadt nur sechs den baupolizeilichen Vorschriften entsprachen. — In Erfurt wurde der Arbeiter Johann Glabitz und dessen Frau Wilhelmine geb. Mohr zu je 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil die beiden sich verheiratet hatten, ehe die später geschiedene Ehe der Frau mit einem Arbeiter Goldmacher gerichtlich getrennt war. — Dem Schutzwärter Herrn Kühne in Bledendorf ist ein Kind an Milzbrand verendet. — In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag saß der Amts- und Gemeindevorsteher Rathke in Dorf Hadmersleben drei erst dort zugezogene Arbeiter beim Kartospiel fest. — Die königliche Staatsbahn in Döschersleben hat in ihrem Betriebe jetzt elektrische Beleuchtung eingeführt. — Aus einem Grünkrantler im Döscherslebener Rathaus wurden am Mittwoch ein Korb mit Apfelsinen und ein Paar Pantoffeln gestohlen.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 23. Januar 1902.

Margarinediebstahl. Am 1. August 1901 fielen einem Kutscher in der Wilhelmstraße etwa 15 Kübel mit Margarine vom Wagen. Er beauftragte den dort stehenden Arbeiter Hermann Herbst von hier, geboren 1862, die Kübel zu bewachen, bis er wiederkomme und sie abhole. In der Zwischenzeit hatte Herbst einen Kübel Margarine durch den ihm bekannten Arbeiter Otto Benenroth hier, geboren 1857, beiseite schaffen lassen. Der Gerichtshof erkannte wegen gemeinschaftlichen Diebstahls in Anbetracht der Vorstrafen auf je 6 Monate Gefängnis.

Ein freundlicher Gesellschafter. Der Arbeiter Wilh. Lamert zu Groß-Otterleben beleidigte am 18. Oktober 1901 im Schünemannschen Lokale den Wirt durch Schimpfreden und machte sich des Hausfriedensbruchs schuldig. Draußen warf Lamert mit einer Glasflasche nach dem Hofmeister Koch, der ihn vor längerer Zeit aus der Arbeit entlassen hatte. Die Flasche zersplitterte an einem Wagen und ein Splitter verletzte Koch am Auge. Der Angeklagte erhielt wegen dieser Strathaten 3 Monate und 1 Woche Gefängnis.

Freisprechung. Der Forstschußgehilfe Friedrich Knochenmuh aus Rothensee wurde am 22. August 1901 vom Schöffengerichte wegen Bedrohung und Körperverletzung zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte im Juni den ihm verfeindeten Arbeiter Büniger, den er im Felde beim Mähen traf, mit dem Girchsfänger bedroht und mit dem Gewehrkolben vor die Brust gestossen. Hinterher soll Knochenmuh dann den als Belastungszeugen geladenen Arbeiter Christian Hartwig zu bestimmen versucht haben, nicht vor Gericht auszusagen, daß er — Knochenmuh — den Arbeiter Büniger bedroht und gestochen habe. Das Beweisergebnis der Verhandlung genügte dem Gerichtshof nicht zur vollen Ueberführung des Angeklagten, weshalb er von dem Unternehmen der Verleitung zum Meineide freigesprochen wurde.

Minister ist, wird nichts für die Arbeiter herausbringen. Mich seiner Verdon wegen, sondern weil hinter ihm der Centralverband steht. Herr Bredel hat einmal erklärt, die Klagen der Arbeiter seien ein Aufzug. Die Klagen der Agrarier sind natürlich kein Aufzug. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Als Graf Posadowsky im vorigen Jahre erklärte, der böse Bundesrat sei der Hemmschuh der Sozialreform, war ich naiv genug, ihm für diese Erklärung zu danken. Heute habe ich Beweise in Händen, daß Graf Posadowsky die eigentliche Seele des Widerstandes gegen die Sozialreform war. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In der gleichen Zeit, wo er den Bundesrat als Hemmschuh erklärte, erließ er ein Geheimverbot an die Regierungen, das den Gewerbeinspektoren ihre wichtigsten Funktionen raubte. Es ist dieselbe Doppelseitigkeit, die wir bei der 12 000 Mark-Affaire erlebt haben. Hier übernahm Graf Posadowsky allein die Verantwortung dafür und in der amtlichen Korrespondenz wurde Geheimrat Woedike geopfert. Seitdem haben die „Frankfurter Zeitung“ und die „Breslauer Zeitung“ unwidersprochen behauptet, daß Woedike mit der Briefaffäre nichts zu thun habe, Graf Posadowsky hätte den Brief selbst geschrieben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Was hat Graf Posadowsky den Gewerbeinspektoren nun verboten? Der bairische Fabrikinspektor entwarf in Schmollers Jahrbuch 1901 ein Programm über die Aufgabe der Gewerbeinspektion, mit dem jeder einverstanden sein mußte. Die Gewerbeinspektoren sind berufen, die Vorschriften der Gesetze zu überwachen; sie sind die kompetentesten Organe, um über Befolgung und Weiterbildung der Gesetzgebung zu berichten. Graf Posadowsky aber verbietet den Gewerbeinspektoren alle Äußerungen über Wirkung und Weiterbildung der Gesetze. Aber auch über die Ernährungsverhältnisse der Arbeiter dürfen die Inspektoren nach dem Geheimverbot des Grafen Posadowsky vom Oktober 1900 nicht berichten. Im Februar 1900 konnten wir Sozialdemokraten von dieser Stelle aus konstatieren, daß alle Gewerbeinspektoren in Deutschland einig seien in der Meinung, daß, soweit Lohn-erhöhungen stattgefunden haben, sie mehr als ausgeglichen sind durch die Steigerung der Lebensmittel-, Wohnungspreise usw. Wir haben besonders angeführt der brotverneuernden Zolltarifvorlage auf diese Thatsachen hingewiesen. Was war die Folge? man verbietet jetzt den Fabrikinspektoren das Maul. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

So finden wir denn auch in den Gewerbeinspektionsberichten keine Vorschläge zur Weiterbildung der Gesetzgebung. Über im Register findet sich ein Stichwort: „Ernährungsverhältnisse — siehe Landwirtschaft.“ (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ueber Streiks findet sich allerdings eine Reihe von Mitteilungen. Aber diese sind auch danach. Die Mehrzahl von ihnen läßt den Schluss ziehen, daß die Herren Berichterstatter den Wind mit dem Hauptstiel wohl verstanden haben. Die Berichte der Gewerbeinspektoren über Streiks haben sich in der Mehrzahl diesen Wind zu Herzen genommen. Für Westpreußen wird bei einem Holzarbeiterstreik ausdrücklich konstatiert, daß dieser mit der Sozialdemokratie nichts zu thun hatte, denn die betreffende Verammlung habe mit einem Hoch auf den Kaiser begonnen. Bei Streikberichten sollte doch kein Unterschied in der politischen Gesinnung gemacht werden. Auch sozialdemokratische Arbeiter haben gesellschaftliche Rechte, wenn auch zeitweilig der Oberpostinspektor Freiherr v. Mirbach sie mit der ganzen Bildung, Bornheitslosigkeit und Arbeiterfeindschaft, die in gewissen Hofkreisen zu Hause zu sein scheint, mit Rhinocerosen vergleicht und wenn auch Oberpostprediger Döhl bei einer Studentenfeier es für geschmackvoll erachtet hat, die deutsche Arbeiterklasse als eine Bestie darzustellen, der, wie beim Wismaradendmal, der Fuß auf den Nacken zu setzen sei. Darf man sich angesichts solcher Äußerungen über die Stimmung in deutschen Arbeiterkreisen wundern? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die ist einfach das Echo solcher Unverschämtheiten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts.)

Ein Fabrikinspektor nennt einen von den Unternehmern promovierten Streik in der Handschuhmacherbranche, unternommen, um das Joch der Arbeiter von sich abzuschütteln. Der kaiserliche Inspektor spricht von „Haupttäuschern“ bei einem Streik, als wenn es sich um Verbrechen handelte. Sind solche Ausdrücke angebracht? Graf Posadowsky hat weiter den Inspektoren unterlagt, Klage zu erheben über lächerlich geringfügige Strafen der Gerichte gegen Unternehmer für Zwischverhandlungen gegen die Gewerbeordnung. (Graf Posadowsky schüttelt mit dem Kopf.) Dann muß ich mich beschreiben. Thatsächlich enthalten die letzten Berichte keine einzige derartige Klage mehr, obwohl Gelegenheit dazu genug vorhanden wäre.

Dem Grafen Posadowsky erscheint das Koalitionsrecht bedeutungslos; ihm scheint es zu genügen, wenn es Unfallversicherungsbedingungen giebt. Was soll der beständige Hinweis auf die kolossalen Opfer der Industriellen? Tausende von Familien sind ihrer Ernährer beraubt durch Unfälle in industriellen Betrieben. Nach einer Zusammenstellung für das arbeitsstatistische Amt beträgt die Belastung pro Tag und Arbeiter für den deutschen Unternehmer 3 Pfg. Wie kann man da von einer ungeheuren Belastung reden? Weiter haben wir die alten Klagen über die mangelhafte Revision der Betriebe. Weibliche Fabrikinspektoren erweisen sich in manchen Staaten als sehr nützlich. Der Inspektor für Leipzig konstatiert, daß durch das Eintreten der Arbeiterorganisationen bessere Arbeitsbedingungen erzielt worden seien. Die preussische Regierung will aber den Verkehr zwischen Arbeiterorganisation und Beamten nicht, weil es den Unternehmern verhasst ist. Fürchtet man etwa, auf die Inspektoren könnte das Rot der Arbeiter abfärben? (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Wir werden in unseren Anregungen, die Gewerbeaufsicht so zu ordnen, wie es der Antrag Albrecht vorschlägt, nicht müde werden. Wir werden diese oder eine andere zusammengefasste Regierung auf der Bahn der Sozialreform unermüdet vorwärts treiben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich verdanke es den Sozialdemokraten gar nicht, wenn sie hier die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Sozialdemokratie ist eine Arbeiterpartei, und ihre Hoffnungen auf den Zukunftsstaat haben sich wenigstens zum Teil immer mehr verflüchtigt. Möchten doch die Herren diesen Begriff ganz zu den veralteten Anschauungen legen! Vor allen Dingen aber bitte ich die Sozialdemokratie um die zur Förderung parlamentarischer Geschäfte erforderliche Objektivität. Ich habe niemals gesagt, ich wolle zwar eine weitergehende Sozialreform, aber der Bundesrat hindere mich. Ich habe nur erklärt, nicht ich als einzelner Beamter sei für die Politik der Regierung verantwortlich, sondern die Gesamtheit der Bundesregierungen. Was meine angebliehen Geheimverläufe an die Gewerbeaufsichtsbeamten anlangt, so betone ich, daß diese Beamten sich nach den Anweisungen der ihnen vorgelegten Behörden zu richten haben. Die Gewerbeinspektoren sollen die Thatsachen korrekt und furchtlos feststellen, sich aber nicht in weit-schweifige sozialpolitische Betrachtungen verlieren. Seitdem die Originalberichte gedruckt werden, erwies sich eine Verkürzung ihres Umfangs als notwendig. Ich habe ganz im Gegensatz zu der mir vom Vor-

redner zugeschriebenen Tendenz die Beamten angewiesen, in jedem einzelnen Fall einer zu milden Bestrafung sofort der Behörde Bericht zu erstatten, damit diese auf thunlichste Beseitigung der Missethate hinwirken kann. Auch habe ich keineswegs die Gewerbeinspektoren verhindert, über die Ernährungsverhältnisse der Arbeiter zu sprechen, sondern ich habe ganz im Gegenteil eine besonders ausführliche Berichtserstattung über diese Verhältnisse angeordnet, die dem Reichstage in einem zusammenfassenden Bericht vorgelegt werden wird. Dieselben Gründe waren seiner Zeit dafür maßgebend, auch über Streiks zusammenfassend zu berichten. Im Hinblick auf das aktuelle Interesse dieser Streiks und Ausperrungen habe ich aber im November 1901 verfügt, daß über diese wieder sofort und zwar nach Anhörung von Arbeitgeber und Arbeitern berichtet werde. Mit Erhebungen über die Arbeitszeit der in Comptoiren Angestellten und über die tägliche Arbeitszeit im Binnenverkehrsgewerbe ist die Kommission für Arbeiterstatistik beauftragt worden. — Die Antwort auf Beschwerden von Arbeiterorganisationen erfolgt nach einem Erlaß des preussischen Handelsministers nur an den persönlichen Beschwerdeführer. Die Modifizierung oder Zurücknahme dieser Verordnung ist allein seine Sache. Was die Angriffe auf den preussischen Herrn Handelsminister anlangt, so halte ich es für bedenklich, einem Manne, der aus einem Privatverhältnis in ein öffentliches Amt tritt, jede Äußerung anzuzurechnen, die er im Privatverhältnis oder gar im Privatgespräch gethan hat. Warten sie doch erst seine Thaten im Laufe seiner Amtsführung ab. (Bravo!)

Abg. Dr. Köfcke-Deffau (wüthlich): Wenn der Herr Staatssekretär sich nur als das ausführende Organ der Beschlüsse des Bundesrates bezeichnet hat, so hat er seine Stellung doch unterschätzt. Graf Posadowsky hat die Sozialdemokratie als eine Arbeiterpartei bezeichnet. Auch ich vertrete die Interessen einer Arbeiterpartei, wenn ich auch in einigen Punkten mit der Sozialdemokratie nicht übereinstimme. Das Tempo der Sozialpolitik muß schärfer genommen werden. Vor allem muß mehr zur Bekämpfung gewerblicher Krankheiten gesehen werden. Alles, was wir auf dem Wege des Arbeiterschutzes erreicht haben, hängt in der Luft, so lange wir keine bessere Gewerbe-Inspektion haben. Leider haben wir noch nicht die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften erreicht. Warum hat der Staatssekretär angesichts der Arbeitslosigkeit nicht selbst die Initiative zu einer Arbeitslosenabklärung ergriffen? Die Arbeiter haben sich auf dem letzten Gewerkschaftskongress für paritätische Arbeitsnachweise ausgesprochen, nur die Unternehmer leisten mit aller Kraft Widerstand, weil die von ihnen gegründeten Arbeitsnachweise in der Hauptsache dem Zweck dienen, eine Kontrolle über lästige Arbeiter auszuüben, und den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen. Das ist in Leipzig offen ausgesprochen worden. Der Verband deutscher Arbeitsnachweise hat den Staatssekretär um eine finanzielle Beihilfe ersucht; sie ist aber aus Mangel an Mitteln abgelehnt worden. Öffentlich wird der Staatssekretär im nächsten Jahre Fürsorge für diesen Zweck treffen. (Bravo! links.)

Abg. Beck-Coburg (Freis. Vp.) fragt an, wann der Beitritt des Reichs zur internationalen Vogelschutz-Konvention erfolgen werde. Staatssekretär v. Posadowsky erklärt, daß der deutsche Vorkonferenz in Paris bereits Anweisung in dieser Richtung erhalten habe. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

In Köln sind am Mittwoch 500 Arbeiter in den Fabriken von Gabriel und Bergenthal in Warstein (Sauerland) infolge von Lohnkürzungen in den Ausstand getreten.

Die Bauarbeiter (Handlanger) in Amsterdam befinden sich gegenwärtig im Streik. Die Unternehmer wollen an den im Jahre 1895 vereinbarten Lohnsätzen Abzüge machen.

In Kopenhagen haben am Mittwoch außer den Heizern auch die Hafnarbeiter und Matrosen beschloffen, den Streik zu erklären.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 24. Januar 1902.

— Ein schwerer Unfall ereignete sich am Freitag mittag an der Alte Markt- und Schmerdtfegerstraßen-Ecke. In der genannten Stelle befindet sich der Fasskeller der „Würzburger Bierhalle“, aus dem jeden Vormittag eine Reihe leerer Bierfässer auf die dort sehr enge Straße expediert werden. So auch am Freitag. Mehrere Tonnenstücke waren dort auf dem Fahrdamm aufgestapelt, als vom Alten Markt her ein Lastwagen der Firma Krieter in die enge Schmerdtfegerstraße einfahren wollte. Ein ca. 7-jähriger Junge wollte in diesem Augenblick zwischen den Bierfässern und der nach dem Alten Markt zu gelegenen Seite der „Würzburger Bierhalle“ hindurch, wurde aber von einem größeren Bierfaß, welches von dem einfahrenden Wagen durch Anstoßen herabfiel, derartig gegen die Mauer gedrückt, daß dem Armen das Blut sofort aus Nase und Mund strömte. Mittels einer polizeilich requirierten Droschke wurde der Bedauernswerte nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. — Das Sinaustwerfen und das Aufstapeln der Bierfässer an jener Stelle hat schon mehrfach Anlaß zu Unzuträglichkeiten gegeben. Öffentlich wird der Wirt der „Würzburger“ nunmehr angehalten, die Beiseiteföhrung der leeren Fässer so einzurichten, daß Verkehrsstörungen und Unglücksfälle in Zukunft vermieden werden.

— Versuchter Ueberfall. In die Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag um 12¼ Uhr passierte der in Buckau wohnende Tischlergeselle S. von Magdeburg kommend den

Wühlengarten. In der Nähe der Gruson-Gewerkschaftstrat plötzlich ein Mann an S. heran, mit der Bitte, ihm, dem Unbekannten, zu sagen, wie spät es sei. S., der nichts Gutes ahnte, hielt seinen Stod unbemerkt in Bereitschaft. In dem Augenblick als sich S. etwas bückte, erhielt er mit einem Messer einen Stich durch den Gut, worauf S. seinerseits dem Unbekannten mit dem Stod einen Hieb über den Schädel versetzte. So schnell wie der Straßenräuber auftauchte, verschwand er wieder. Leider war es unmöglich bei der Dunkelheit die Verfolgung des Gauners aufzunehmen.

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau)

Budapest, 24. Januar. Im 6. Stadtbezirk kam es gestern abend zwischen Sozialdemokraten und Polizei zu einem Zusammenstoß, wobei 42 Verhaftungen vorgenommen wurden.

Die Hinrichtung Scheepers.

Haag, 24. Januar. Die Hinrichtung Scheepers hat in ganz Holland unbeschreibliche Entrüstung hervorgerufen. Die holländischen Blätter ziehen die Mitglieder des Schiedsgerichtes ins Lächerliche, weil diese nicht verhindern konnten, daß die Regeln des Krieges nicht eingehalten worden sind.

Washington, 24. Januar. Im Senat hat Teller beantragt, die Debatte über seine Resolution, betreffend die Hinrichtung Scheepers, möge vertagt werden, da es nunmehr feststeht, daß Scheeper thatsächlich hingerichtet worden ist. Der Senator hat bei dieser Gelegenheit die Haltung Englands stark angegriffen und erklärt, England habe die Genfer Konvention verewaltigt und, indem die englischen Behörden Scheeper hingerichteten, hätten sie einen Mord verübt.

Ein internationaler Bänholztrakt in Sicht!

Paris, 24. Januar. Die beiden bedeutendsten Bänholzfabrikanten von England, Bryan und May, beschäftigen sich augenblicklich mit der Bildung eines großen Trakts; sie sollen sich bereits mit verschiedenen deutschen, schwedischen und norwegischen Firmen verständigt haben.

Berlin, 24. Januar. Da in den gestrigen Nachmittagsstunden in der Stadt neuerdings beunruhigende Gerüchte über das Befinden Rudolf Wirsow verbreitet waren, stellten verschiedene Blätter fest, daß gerade gestern Wirsow fast ganz schmerzfrei war. Eine augenblickliche Gefahr besteht nicht.

Berlin, 24. Januar. Aus Kiel wird berichtet: Unter Vorbehalt des Korvettenkapitän v. Coghauen verurteilte das Kriegsgericht den Torpedofeuermehrmann Wasmann wegen Meineides zu einem Jahr Gefängnis, Degradation, Entfernung aus der Marine und 3/4 Jahren Ehrverlust.

Antwerpen, 24. Januar. Die englische Barke „Savernate“, von San Francisco nach Queenstown unterwegs, ist in der Nähe der Insel Neau gesunken. 3 Mann der Besatzung, darunter der Kapitän, sind umgekommen.

Leipzig, 23. Januar. Der Uhren- und Goldwarenhändler Karl Broeg wurde am Donnerstag in seinem Laden ermordet aufgefunden. Anscheinend liegt Raubmord vor, da viele Goldsachen fehlen.

Paris, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Liga der Menschenrechte wird gegen die Erschießung der Burenführer Potter und Scheepers Einspruch erheben, damit nicht noch mehr Burenkommandanten so wie Krutinger usw. ermordet werden.

Louison, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Panzerkreuzer „Charlemagne“ wurde beauftragt, dem Sultan von Marokko die Glückwünsche des Präsidenten Loubet und der französischen Regierung zu übermitteln. Auch Oesterreich plant eine solche Kundgebung. Mit der Ermordung der beiden Hauptleute soll die Sendung des Panzers nicht im Zusammenhang stehen.

Hannover, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Direktion der Straßenbahn macht bekannt, daß gestern abend 7½ Uhr auf der Gildesheimer Chaussee die Ehefrau Müller aus Döhren mit ihren beiden Kindern von einem Wagen der Straßenbahn überfahren worden ist. Das 2½ jährige Mädchen war auf der Stelle tot. Der 4-jährige Knabe starb unter den Händen der Aerzte. Die Mutter selbst kam mit einigen leichten Verletzungen davon.

Antwerpen, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Eingegangene Telegramme berichten, daß in der Schelde in der Nähe von Wiffingen ein größerer Dampfer auf Grund geraten und gesunken sei. Der Name des Dampfers ist unbekannt, ebenso wie viel Menschen dabei umgekommen sind. Man nimmt an, daß sich die Katastrophe infolge des starken Nebels auf der Schelde ereignet hat.

Gustav Richter Nachfolger

Breiteweg 3a Magdeburg Ecke Domplatz
Magdeburg schräg gegenüber der Hauptpost.

Grosses Kaufhaus für feine und gediegene Schuhwaren

1882 jeder Art und Preislage. Reparaturen schnell und preiswert.

Billige feste Preise. Bitte meine 5 Schaufenster gefl. in Augenschein zu nehmen.



Herrn-Schnür-Stiefel
von Mark 4.90 an.

Wovon man spricht!

Die **Deutsch-Amerik. Schuhfabrik**

G. m. b. H. 1921
159 Breiteweg 159, im Ulrichsbogen

hat für die nächste Zeit großen

Räumungs-Verkauf

Es kommen zum Verkauf

grosse Vorräte in Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder

zu billigen Preisen

die jeden Käufer in Staunen setzen

Deutsch-Amerik. Schuhfabrik

G. m. b. H.

159 Breiteweg 159

im Ulrichsbogen

Athmaseidenden wird Weidemanns russischer Knöchel dringend empfohlen; nur echt in Pat. à 1 Mk. von E. Weidemann, Liebenburg a. Harz, zu beziehen.

Schuhwaren-Handlung Max Maart

Neue Henstadt, Breiteweg 105

empfehlen
sein großes Lager in Stiefeln und Schuhen in Chevreau, Bog calf, Kalfs und Rindleder, zum Schnüren, Knöpfen und mit Bügen.

Ferner für die Winterzeit: Feine und starke Filzschuhe, Filzpantoffeln, Filzstiefeln, sowie Luchstiefel zum Schnüren und Knöpfen mit gutem, warmen Futter. Gummi- und Holzschuhe in solider Ware zu billigen Preisen. 103



Kaufe fortwährend Kanarienhähne u. Weibchen

gute und gewöhnliche Säger zum höchsten Preise; bei besseren Sägern komme ins Haus.
J. Tischler, Annastraße 25.

Müller's Sarggeschäft

Sudenburg, Friedenstr. 3
empfehlen sich bei vor kommenden Fällen. 1797

Die noch v. 2. Laden übrig gebliebenen Möbel und Holzwaren usw. sind billig abzugeben bei 103

Friedr. Schmidt, Tischlermstr.

Sudau, Schönebeckerstr. 16.

Geige zu verkauf.

Schrot-dorferstr. 20, IV. 1.
Empfehle täglich frisch:

Nasengekröse

jähr preiswert. 1929
E. Wieprecht
Alter Markt (Schwibbogen-Gäß).

Schuhwaren!

Billig! Billig!
Herren- u. Damenstiefel, Stiefel-letten, Turn-, Strand- u. Kinder-
schuhe, Pantoffeln, auch aus
Konkurrensmassen stamm. Waren
Nur Henstadt, Schmidt-
str. 44.

Neue u. getr. Kinderstiefeln u. Mit-
tärstiefeln billig Katharinenstraße 5.

Gänse (zerlegt) 1923
Gänselein zc.
bei Moritz Weinberg.

Berichtigung.
In dem Inserat „Fleisch-Offerte“
von U. Wöhe in der gestrigen
Nummer muß es statt Risse heißen
„Rippe“ zc.

Eine neue politische Streitschrift

Sieben erschien
„Tom Sozialismus
zum Liberalismus“
Wandlungen der Nationalsozialen
Von Paul Göhre.

Agitations-Ausgabe 20 Pfennig.

Unser Parteigenosse hält in dieser Schrift eine gründliche Abrechnung mit unseren „Freunden von rechts“, den Nationalsozialen, zu deren Führern er bekanntlich selber selbst gehörte. Er stellt die vielfachen Wandlungen dar, die diese Partei in der kurzen Zeit ihres Bestehens durchgemacht hat und die aus der „sozialgesinnten“ lediglich eine „nationale“, für Weltpolitik schwärmende Partei gemacht haben.
Die Broschüre wird allen Genossen, die in der Agitationsarbeit mit den Nationalsozialen zusammenkommen, vortreffliche Dienste leisten. Wir empfehlen sie daher zur Anschaffung und Weiterverbreitung.
Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volksstimme.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Deutschen Wagenbauer (e. H.), Filiale Sudenburg.

Die am Sonnabend, den 25. Januar cr. fällige Mit-
glieder-Versammlung fällt aus, da das Versammlungslokal
einer baulichen Veränderung unterzogen wird. Der Termin
der nächsten Versammlung wird bekannt gegeben.

Die Orts-Verwaltung
F. Bahne, Bevollmächtigter.
1931

Calbe a. S. Volks-Verein!

Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Versammlung.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Ufcherleben. Ufcherleben.

Öffentliche Versammlung

aller in der Nahrungsmittelbranche und Bekleidungsindustrie
beschäftigten Personen
am Sonntag, den 26. Januar, nachm. 1/2 4 Uhr
bei F. Schröder.

Tages-Ordnung: 1926
Aufstellung von zwei Kandidaten zum Gewerbegericht.
Das Erscheinen aller in oben genannten Branchen beschäftigten
Arbeiter ist notwendig. Der Einberufer.

Em. Kurtze

Ufcherleben 1768
Motte-Platz im „Bayer. Hof“
Bekannt billigste Bezugsquelle
in nur allerbesten Geraer reinwoll.
Herrenanzug- und
Damenkleiderstoffen

stets große Auswahl, schwarz u. farb.
allwöchentlich frischer Ein-
gang in wollen. Kleider-
stoffen, Lamas, Sammeten, Biquees,
Barchentenschürzen zc. zc. Spotbillig.

Stiefelzettel des
Lehrerinnen- und Damenhelms
Neueweg 1/2.
Sonnabend: Brühsuppe mit Leber-
kloßchen, Rindfleisch und Meer-
rettigsauc oder Sammetfleisch
und Zwiebelsauce.

Vorzügl. Tinte empfiehlt die
Buchhandlung Volksstimme.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, diejenigen Geschäfte zu berücksichtigen, die uns und unsere Sache unterstützen.

W. Korte, Halberstadt

Bakenstraße 47.

Roschschlächtere

1873 mit Dampftrieb
Restauration u. Speisewirtschaft
ff. Speisen und Getränke.

Burg. frische Würst

Freitag u. folg. Tage
Sonnabend u. Sonntag:
Knolauchwurst.
Karl Jesse
Holzstraße 2. 1930

Luisen-Park

Seute:
Schlacht-
fest!
Ergebenst ladet ein C. Lankau.

Wie lernt man eine moderne fremde Sprache?

Von Dr. G. Gruber. Mt. 1.
Buchhandlung Volksstimme.

Cirkus Variété.

Direktion: Fr. Schmidt.

Weltstädtisches Programm.

Rauchen gestattet!
Vorverkauf von Billets
Mittelloge 1.60, Saal 0.90 Mk.
in den Cigarrengeschäften der
Herren Lindau u. Winterfeld,
Breiteweg 71 u. 19, Jacobs,
Ulrichsbogen, und S. Prophet,
Alte Markt.

Morgen, Sonntag:
2 große Vorstellungen
4 Uhr nachmittags.
8 Uhr abends.

Vorläufige Anzeige!
Freitag, den 31. Januar 1902:
Größe und einzige
Gala-Redoute!

Stadt-Theater.

Sonnabend, den 25. Januar 1902.
Zum 1. Male:
Nacht und Morgen.

Die Restbestände

der aus der

Haltestelle der elektr. Strassenbahn

„Konkursmasse Vulkan“

stammenden Waren werden jetzt nur noch

125 Breiteweg 126

gegenüber der Katharinenkirche
Eckladen Schrotdorferstraße
in dem

Konfektionshause

von **Ehrenfried Finke, Magdeburg**

zu jedem annehmbaren Preise verkauft.

Walhalla.

Nur noch einige Tage
Das

Sensations-

Januar-

Programm!